

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk., monatlich 35 Pf.
Bei Abholung von unsern Ausgabestellen; bei Zustellung ins Haus durch unsere Ausreiter in der Stadt und auf dem Lande an dem Tage der Ausgabe durch die Post 1,20 Mk. unter 42 Pf. Beilage. — Das Blatt erscheint wöchentlich 5 mal nur an den Werktagen nachmittags.
— Nachdruck unserer Originalmeldungen ist nur mit besterlicher Genehmigung gestattet.
— Alle Rückgaben unentgeltlicher Einlieferungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
sseitig, illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die eins. Zeile oder deren Raum für Merseburg und nähere Umgebung 10 Pf. Fernste Anzeigen 25 Pf., auswärts pro Seite 20 Pf., im Restamt 40 Pf. Bei vollständiger Gas entsprechender Veranschlagung für Extrabeilagen nach Vereinbarung. Für Nachweisungen und Offertenannahme besondere Berechnung, nach Maßgabe mit Fortschickung. Erfüllungsort Merseburg. — Anzeigen für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, letztere Anzeigen bis spätestens 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

№ 50.

Dienstag den 1. März 1910.

36. Jahrg.

Der Kalibund der Landwirte.

Bei der ersten Beratung des Kaligesetzes sind sowohl von dem Zentrumsabgeordneten Dr. Heim, wie namentlich vom Abg. Gotthein in Taschaden über die Geschäfte des Bundes der Landwirte vorgebracht worden, die ein höchst eigentümliches Licht auf dessen Landwirtschaftsfreundlichkeit werfen. Abg. Gotthein hat, ohne daß es der Abg. Dr. Köstke in Görzsdorf irgendwie zu bestritten wagte, mitgeteilt, daß der Bund der Landwirte von dem Kalisyndikat an Provisionen, Propaganabehilfen, Extrarabatten usw. im Jahre 1908 die Kleinigkeit von 186 633 Mk. bloß auf Rohsalze, daneben aber noch ungefähr 100 000 Mk. aus 20 und 30%igen Dingsalzen erhalten hat, jedoch sein jährlicher Reingewinn aus diesem Geschäft auf 240 000 Mk. anzunehmen ist. Der Bund der Landwirte gibt von den Rabatten 1%, die ihm das Kalisyndikat gewährt, nur einen sehr kleinen Teil an seine Unternehmener ab. Er kann das, weil den Händlern mit Dingsalzen durch das Kalisyndikat auf Verreiben des Ministeriums gegen den Handel aus strengster Verbot ist, ihren Umlage, speziell denen aus der Landwirtschaft, irgend etwas von ihren Rabatten abzugeben. Wenn der Bund der Landwirte also auch nur einen ganz kleinen Bruchteil seiner Provisionen und Rabatte seinen Unternehmern zugute kommen läßt, so ist er immer noch billiger als der Zwischenhandel, der seinen Kunden gern etwas abgeben möchte, es aber nicht darf. Den landwirtschaftlichen Organisationen sind, wie auch der Handelsminister Sydow indirekt zugestanden hat, auf Verreiben des Handelsministeriums nicht bloß viel höhere Rabatte, sondern auch ungünstigere Bedingungen für den Bezug von Kali vom Syndikat gewährt worden als dem Handel, der demnach auf Veranlassung des Ministeriums, das seine Interessen wahren und vertreten soll, aufs schwerste geschädigt worden ist. Wie hoch eigentlich die Bevorzugung der landwirtschaftlichen Organisationen vor dem Handel ist, läßt sich nicht genau feststellen, da das von der Syndikatsleitung selbst den Syndikatsmitgliedern gegenüber geheim gehalten wird. Der Abg. Gotthein verlas den Brief eines Syndikatsmitgliedes, in dem der Sach vorlaut:

„Der Hauptgrund, der aus von Kaliklienten nicht genau festgestellt werden kann, ist ja der, daß die Landwirtschaftsgesellschaft deren Umlage nicht die Bonifikationen zuzumessen läßt, die sie vom Syndikat erhalten hat.“

Da nun der Bund der Landwirte aus dem Dingsalze-Geschäft eine Provision von rund 240 000 Mark bezieht, die er direkt in die Bundeskasse abführt und für seine Agitation verwendet, so hat er natürlich ein großes Interesse an der Erhaltung des Syndikats, denn diese Haupteinnahmequelle würde verfallen, wenn der freie Wettbewerb in Kalisalzen eintritt, wenn der Handel dieselben Rabatte und Begünstigungen erhalte wie die landwirtschaftlichen Organisationen. Das Interesse der Landwirtschaft verlangt billige Kalisalze. Das Syndikat hat diese enorm gesteigert. Ohne dies würden die Preise mindestens ebenso billig sein wie in den jetzt nach Amerika gemachten Abschlüssen, das heißt um 1/2 bis 2/3 billiger als jetzt. Die Landwirtschaft muß daher dringend den Fortfall des Syndikats wünschen oder eine Herabsetzung der Kalipreise durch das Syndikat. Wenn diese aber eintritt, so haben die Kalilieferanten kein Interesse mehr am Syndikat mit seinen Kosten und Verschönerungen. Der Bund der Landwirte dagegen wünscht, seine Kalie durch das Syndikat weiter gefüllt zu sehen, um damit seine Agitationskosten zu bestreiten. Dafür vertritt er die Interessen der Landwirtschaft, denn schließlich ist das, was er an Provisionen, die in diesem Fall wie Beförderungsgelder wirken, erhält, doch nur ein verschwindender Bruchteil von dem, was die deutsche Landwirtschaft für Kalibinder mehr zahlen muß.

Nun ist aber das nicht das einzige Interesse des Bundes an hohen Kalipreisen. Der Bund hat sich nämlich im Jahre 1908 von der Gewerkschaft Durbach ein großes Grubenfeld aufhängen lassen mit un-

günstigen Lagerungsverhältnissen und armen Salzen. Er hat das Unternehmen außerdem unfolide fundiert, indem das ganze Aktienkapital zum Ankauf der Felder Verwendung gefunden hat und sämtliche Anlagen aus Anleihen geschaffen werden sollen. Der Bund muß fürchten, daß seine Gruben Ummendorf-Eilsleben und Alleringerleben pleite gehen, wenn die Kalipreise stark zurückgehen, weil das Syndikat auseinanderfällt. Wenige Monate, nachdem die Bundesführer diese Kaligründung vorgenommen hatten, schrieb die „Deutsche Tageszeitung“:

„Wenn Verblödung und übertriebene Selbstsucht des Einzelnen dem Ganzen gegenüber dazu führen sollten, daß das verwickelte Gefüge des Kalisyndikats auseinanderbröckelt, dann muß ein Eingreifen der staatlichen Gewalt erfolgen.“

Sie hat also bereits vor 2 1/2 Jahren dem Handelsminister vorgeschrieben, was er zu tun hätte, und der wie der Bundesrat haben pflichtschuldigst dem Kommando des Bundes Gehorham geleistet.

1908 gab es bereits eine fossile Überproduktion an Kalilieferanten. Die Gründung eines neuen war deshalb ein ganz wildes Spekulationsunternehmen, wofür nicht das geringste Bedürfnis vorhanden war. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat es damals damit motiviert, daß der Bund Einfluss auf die Kaliproduktion gewinnen und gleichzeitig den Beteiligten eine gute Rentabilität sichern wollte. Nun wird man Niemandem verwehren wollen, sich in der Kalilieferung zu betätigen. Das ist jedes Einzelnen gutes Recht. Aber wenn er es getan hat, dann soll er seine Haut zu Markte tragen und nicht verlangen, daß die Gebelegung einschreitet, um ihm seinen Spekulationsgewinn zu sichern. Der Bund der Landwirte aber spekuliert, und wenn die Spekulation schlecht ausschlägt, so heißt es: Staat hilf! Die Gebelegung muß einschreiten, obwohl dieses Einschreiten der deutschen Landwirtschaft den Kalibinder aus Unerbittlichkeit verteuert soll.

Die Gründer des Kalilieferanten Ummendorf-Eilsleben waren nach der handelsgerichtlichen Eintragung: 1. der Rittergutsbesitzer Freiherr von Wangenheim auf Klein Spiegel, 2. der Rittergutsbesitzer Dr. Gustav Köstke in Görzsdorf, 3. der Kommerzienrat und Rittergutsbesitzer Rudolf Schöner in Berlin, 4. der Rittermeister a. D. Otto von Kieseewetter in Friedenan, 5. die Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte G. m. b. H. in Berlin. Den ersten Aufsichtsrat bildeten: 1. Freiherr v. Wangenheim, 2. Major a. D. Gerbell in Posen, 3. Rittergutsbesitzer Rudolf Schöner. Inzwischen sind unter anderem in den Aufsichtsrat noch eingetreten: der Rittergutsbesitzer Landrat a. D. von Davier, Seggebe, der Kommerzienrat Wohlfeld, Benau und der Rittergutsbesitzer aus dem Windel-Bogau. Den Vorstand bilden Herr Dr. Gustav Köstke-Görzsdorf und Herr Rittermeister a. D. Otto v. Kieseewetter, alles Bundesgrößen.

Während nun alle Fraktionen so viel Laifgeflüß befehen, keinen als Aufsichtsrats- oder Vorstandsmitglied an einem Kalilieferanten Abgeordneten als Redner vorschreiben, hat die konservative Partei sich nicht geniert, den Hauptintendanten, Herrn Dr. Köstke, als ihren Generalredner in erster Bezug debattieren zu lassen und ihn auch in die Kommission zu entsenden. Beim Branntweinsteuergesetz hat sie ja auch die Hauptinteressente in die Kommission delegiert. Der Abg. Dr. Heim hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß man nicht gleichzeitig die Interessen der Bauern und der Kalilieferanten vertreten könne. Wenn man Kalilieferanten sei, so schädige man mit seinen Forderungen die landwirtschaftlichen Interessen. Er bezeichnete eine solche Interessenverwischung geradezu als verhängnisvoll und forderte, daß unsere Landwirtschaft über diesen Gegenstand und was dahinter steht, alarmiert werden solle, und setzte hinzu: aber, aber meine Herren, — der Prinz kam zu seinem Vater, als er kein Geld mehr hatte, und der Vater sagte zu ihm: „Sohn, mein Sohn, du glaubst nicht, was Geld wert ist.“

Der Kalilieferanten André hatte den Bund der Landwirte als taufstumm gegen das Kaligesetz bezeichnet. Er hat Herrn Dr. Köstke doch unterschätzt. Der genierte sich nicht, für dieses Gesetz im Reichstag einzutreten, für ein Gesetz, das dazu dienen soll, der Landwirtschaft die Kalisalze fast nahezu doppelt so hoch zu verkaufen, als es ohne das der Fall sein würde. Das Interesse an den hohen Syndikatsprovisionen und an der Bundesgrube Ummendorf-Eilsleben ist beim Bund der Landwirte eben ausschlaggebend, das Landwirtschaftsinteresse demgegenüber quantitativ neigleigabe.

In Sachen der preussischen Wohnungsgeldzuschüsse

beröffentlicht die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgende offizielle Notiz: „Entsprechend seiner in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses abgegebenen Erklärung, wonach die Regierung es für geboten hält, eine Ueberstimmung der Regelung der Wohnungsgeldzuschüsse für die preussischen unmittelbaren Staatsbeamten mit der für die Reichsbeamten neugegründeten halb-möglichst herbeizuführen, ist der Herr Finanzminister mit den Vertretern der Fraktionen in einer Meinungsaustragung über diese Frage eingetreten. Dabei hat sich ergeben, daß die Ansichten innerhalb der meisten Fraktionen geteilt sind. Ein Teil der Abgeordneten wünscht baldige Einführung der reichsgehehlichen Regelung, um so schnell als möglich der Mehrzahl der preussischen Beamten die daraus sich ergebenden Vorteile zu verschaffen und die Unzutüchtigkeit zu beseitigen, die sich aus der gegenwärtigen Verhältnisse der Regelung für Preußen und das Reich ergeben. Der andere Teil hegt gegen die Einführung der reichsgehehlichen Regelung Bedenken, weil in der Driftklasseneinteilung des Reichs eine Reihe von Orten einer im Range niedrigeren Driftklasse zugeteilt sind, als gegenwärtig in Preußen, so daß, wenn auch kein Beamter eine Kürzung seiner augenblicklichen Gesamtbezüge erleben soll, die Tarifsätze für die betreffenden Orte sich verringern würden. Es darf angenommen werden, daß auf der Grundlage dieser Besprechung innerhalb der Staatsregierung alsbald Entschlüsse über das weitere Vorgehen getroffen werden wird.“

Da die Ansichten in der Volkvertretung geteilt sind, kann man nicht gut von einer Grundlage der Besprechung reden. Wahrscheinlich ist, daß die Regierung bei der mangelnden Einheit des bisherigen Provinzialparlament volltändig weiter bestehen lassen wird.

Zur Wahlrechtsvorlage.

Aber die Wahlrechtsvorlage und ihre Schicksale in der Kommission bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ eine lange Auseinandersetzung, die aber völlig nichtsagend ist. Nur die Schlusssätze, die sich mit dem Beschluß über den kombinierten Antrag des schwarz-blauen Blocks beschäftigen, sind von Interesse. Sie lauten folgendermaßen: Dieser Beschluß hat nur provisorischen Charakter. Die Parteien, die für ihn eingetreten haben, erklärten ausdrücklich, daß ihre Stellungnahme nur eine provisorische sei. Der Beschluß stellt demnach nur eine Wahle dar, der im Laufe der weiteren Verhandlungen noch andere folgen werden. Die Regierung hat keinen Anlaß, endgültig gegenüber provisorischen Beschlüssen Stellung zu nehmen. Erst der weitere Verlauf der Verhandlungen dürfte ein Urteil über die endgültige Gestaltung der Reform und ihr Schicksal zulassen.

Mit der Beibehaltung der indirekten Wahl scheinen sich die Nationalliberalen, wie aus mehreren Rundgedungen ihrer Presse hervorgeht, befremden zu wollen, wenn der schwarz-blau-Weiße das Zugeständnis macht, daß die Wahlmänner nicht dem Urwahlbezirk anzugehören

brauchen, sondern aus der ganzen Gemeinde genommen werden können.

Im Abgeordnetenhaus besteht die Absicht, die Kaiserlich-Botschaft, die nach den neuen Dispositionen in der Kommission etwa am 10. März fertiggestellt sein wird und über die dann schriftlicher Bericht erstattet werden soll, bereits am 14. März im Plenum zur zweiten Lesung gelangen zu lassen. Man hofft, die zweite und dritte Lesung noch vor der Osterpause zu erledigen und will damit erreichen, daß die dreiwöchentliche Frist, die gesetzlich bei Änderung der Verfassung vor der nachmaligen Beratung der Vorlage verstreichen muß, in die Osterpause fällt, so daß dann unmittelbar nach Oitern die endgültige Erledigung der Vorlage im Abgeordnetenhaus und die Überweisung ans Herrenhaus erfolgen kann.

Die angekündigte große öffentliche Kundgebung gegen die preussische Wahlrechtsvorlage fand am Sonntag mittig im Zirkus Wusch in Berlin statt. Der Andrang war ganz gewaltig. Bereits eine Stunde vor dem Beginn der Versammlung, nachdem kaum der Zirkus geöffnet war, mußten dieselben Porten geschlossen werden, weil der gewaltige Reum im Nu überfüllt war. Es waren Tausende von liberal gesinnten Männern und Frauen, vereint mit Vertretern von Kunst, Wissenschaft, Handel, Industrie und Gewerbe, erschienen. Alle Bevölkerungsklassen und Gesellschaftskreise der Reichshauptstadt nahmen an der imponenten Kundgebung teil; auch viele Arbeiter waren darunter. Die Zahl der Teilnehmer wird etwa 8000 betragen haben. Man bemerkte in der Versammlung eine große Zahl von Abgeordneten und bekannten Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben. Etwa 1500 Personen, die keinen Einlaß mehr erhalten konnten, zogen nach dem nahe gelegenen Frempalast und hielten dort eine besondere Versammlung ab. Als Sprecher fungierten die Herren Landtagsabg. Professor v. Lijtz-Charlottenburg (rech.), Landtagsabg. Maurer (national.), Fabrikbesitzer Dr. Frenzel-Charlottenburg, Prof. Dr. Spiegel-Charlottenburg, Rechtsanwalt Dr. Marwitz-Berlin, Adv. Dr. Wiemer-Berlin und Reichstagsabg. Raumann. Am Schluß wurde folgende Resolution verlesen:

Die im Zirkus Wusch tagende, von Vertretern der Selbstverwaltung, der Wissenschaft und Kunst, von Handel und Industrie einberufene, von vielen Tausenden besuchte Versammlung stimmt den Ausführungen der Redner zu, erklärt sich auf das entschiedenste gegen die in der Regierungsvorlage vorgeschlagene Zurücksetzung der werktätigen Volksschichten wie gegen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Stimmabgabe und lehnt diese Gefährdung rundweg ab. Sie fordert eine gründliche Reform, vor allem die volle Durchführung der geheimen und direkten Wahl und die zeitgemäße Neueinteilung der Wahlkreise.

Bei dem Wort „geheim“ kam es zu stürmischen Überredungen; man rief „gleiches Wahlrecht“. Uch Rat v. Lijtz erklärte, daß das Wort „gleiches“ einzuschalten werde. (Stürmischer Beifall.) Darauf fand die Resolution einstimmig Annahme. Die Versammelten verließen unter stürmischen Hochrufen auf das freie Wahlrecht, die sich auch auf der Straße auf dem Wege bis zum Schloß fortsetzten, den Zirkus. Die Versammlung im Frempalast hatte, wie Prof. v. Lijtz mitteilte, die polizeiliche Genehmigung, zu tagen, nicht erhalten.

Kritische Lage des englischen Kabinetts.

Die in der Dr. gedrachten Meldungen lassen erkennen, daß dem liberalen Kabinet kein langes Leben mehr beschieden sein dürfte. Weitere Meldungen vom Sonnabend stellen es so dar, als habe Asquith, um sich im Amt zu halten, bereits eine Schwertung gemacht und beschlossene, die Oberausfrage nach dem Budget zu erledigen. Allgemein wird erwartet, daß die innere Krisis am Montag, wenn Ministerpräsident Asquith seine Resignation einbringt, zur Entscheidung kommen wird. — Einige liberale und konservative Morgenblätter mühen am Sonnabend zu melden, daß die Regierung den Forderungen ihrer Parteigänger plötzlich nachgegeben, ihren bisherigen Standpunkt, wonach sie es für verächtlich hielt, schon jetzt einen Plan über die Reform des Oberhauses zu entwerfen, aufzugeben und sich hat dessen entschlossen habe, die Resolution in dem House of Commons zu lesen. Erwähnen seien die Nationalisten noch immer anzunehmen, daß die Regierung sich gemeldet habe, das Budget bis zur Erledigung der Notfrage aufzuschieben. Falls sie ihren Sinn bis Montag nicht ändern, so sei es immerhin möglich, daß die Konservativen mit der Regierung stimmen, um die Annahme des Budgets zu sichern. — „Daily News“ deutet an, daß im Zusammenhange mit Asquiths Front möglichst Änderungen im Kabinet bevorzügen. Kritische Blätter, wie „Westly Journal“, „The Nation“ und „Daily News“ fordern, es solle ein Volksreferendum über die Verbilligung herbeigeführt werden. „Morning Leader“ behauptet, daß die Regierung diesen Schritt endlich in Erwägung zieht. Der konservativ „Daily Telegraph“ gibt seinerseits über die neue Haltung der Regierung Ausdruck, daß sie gelinnet sei, dem Plan, den die Lords selbst über die Umgestaltung des Oberhauses entwerfen, die Gunst des Volkes zu gewinnen.

Bremersminister Asquith hatte Sonnabend vormittag eine halbstündige Audienz beim König. Im Anschluß daran fand in der Downing Street ein Ministerrat statt.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Der Vorkursch des österreichischen Abgeordnetenhauses nahm das Reformgesetz an. Im Laufe der Debatte betonte der Landesverteidigungsminister, die Vorlage über die zweiwöchentliche Dienzeit sei bereits fertig gestellt. Ihre Erledigung hänge von der Vereinbarung mit der ungarischen Regierung ab, der Einigung unter die Frage der finanziellen Bedenken ab, welche die Reform der Militärtruppenherbildung sei nur noch von der Regelung der Gerichtsprozedur abhängig. — Am Freitag nachmittag fand in Wien eine Sitzung des Deutschnationalen Verbandes statt, in welcher die Frage der Einigung der deutschösterreichischen Parteien zu einem einzigen gemeinsamen Verband zur Erörterung gelangte. Vorher hatten Versammlungen der deutschösterreichischen Vereine und der deutsch-radikalen Vereinigung stattgefunden. Auf Grund der Mitteilungen dieser Versammlungen hat der Deutschnationale Verband einstimmig die Bildung des vorgeschlagenen Deutschen Nationalverbandes beschlossen. Am Sonnabend fand die grundlegende Versammlung des Deutschen Nationalverbandes statt, in welcher ein fünfzehntägiger Vorhandlungstag wurde. Im Anhang der einhundertbeschränkte Landesverteidigungsminister v. Georgi bei der zweiten Lesung des Reformgesetzes am Sonnabend die Frage der körperlichen Erziehung der Schuljugend im Hinblick auf die künftige Wehrpflicht. Auf diesen Gebiete sei manches nachzuholen. Die Ursachen der körperlichen Verminderung lägen teils in der unzureichenden Ernährung, teils in der schlechten, in dem Wohnungswesen in den Großstädten und dem Mißbrauch des Alkohols, teils in der psychischen Verminderung unserer Generation, die darin begründet sei, daß die Schulen über der geistigen Ausbildung die körperliche Erziehung vernachlässigen. Der Minister betonte, daß es nicht nur die Förderung der körperlichen Eignung mit militärischem Einschlag, der heute so ein Ziel unter Wehrpflichtigen sein kann, sondern auch eine bestimmte Bildung des Schülers. Die besten Resultate verpönde man sich von einem System, das die Rechte der Eltern wahren. In seinen weiteren Ausführungen bemerkte der Minister, es sei für ihn ein derwärtiger Augenblick gewesen, als das Haus im März 1909 bei den drohenden äußeren Verwicklungen mit unpopulärer Mehrheit den Referententagungen genehmigt, die Verne habe, unterstützt durch die patriotische Begeisterung und die selbständige Pflichterfülle der Einberufenen, das in sie gesetzte Vertrauen in vollen Maße gerechtfertigt und durch ihre Kriegsbereitschaft den Frieden bedauern lassen. Sie habe wiederum bewiesen, daß sie, woherher, kriegerisch und schlagerfertig sein Augustenwille, sondern eine unbedingte Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung des Reiches und die Erhaltung seiner völkerrätlichen Interessen sei. (Lebhafte Beifall.) Das Haus nahm darauf die Referententagungen-Vorlage in allen Lesungen an.

Frankreich. Die Deputiertenkammer trat am Freitag in die Verhandlung über das Finanzgesetz ein und nahm eine Erhöhung der Automotivsteuer an. Nach längerer Debatte wurde unter Wehrpflichtigen die Bestimmung, wonach für ein- und zweifelhige Automotiv von Ausländern, die sich in Frankreich aufhalten, eine auf 50 Francs festgesetzte Steuer, und zwar für einen Zeitraum von 300 Tagen, erhoben wird. Die Steuer für Automotiv mit mehr als zwei Räder beträgt für denselben Zeitraum 90 Francs. Außerdem soll eine Steuer, die je nach der Motorleistung des Automotiv abgemessen ist, aufweisen 6 und 12 Francs für die Wehrpflicht nicht entrichtet werden. Im weiteren Verlaufe der Sitzung brachte Verbum ein Amendement ein, wonach jeder fremde Arbeiter, der nur während eines Teiles des Jahres in Frankreich arbeitet, verpflichtet ist, eine Kopfsteuer zu entrichten. Jeder fremde Gewerbetreibende soll während des ersten Jahres seines Aufenthaltes in Frankreich die Kopfsteuer bezahlen können, die demselben die öffentliche Leistung des Steuerpflichtigen entrichtet. Doumer erklärte, die ganze Kammer werde das gerechte Prinzip dieses Amendements billigen. — Um das Arbeiterpensionsgesetz hinaus zu sichern, hat die Deputiertenkammer bei Beratung des Finanzgesetzes einen Antrag angenommen, der vorsieht, daß die Einnahmen aus der Erhöhung der Motorsteuer für die Arbeiter nicht der Steuer zurückgeführt werden sollen. — Nach dem Budgetentwurf des Generalobersterfatters für das Budget Doumer betragen die Gesamtausgaben für das laufende Jahr 4182998000 Francs einschließlich 22 Millionen für die Überschreitungen. Das Defizit beläuft sich auf 231462000 Francs, wovon 90 Millionen durch neue Steuern und Zagen, 141 Millionen durch Schabotzungen gedeckt werden. — Das Budgetgesetz des Lehrevereins des Marine-Departements gegen den Erzbischof von Lyon diesen auf 500 Francs Schadenersatz wegen des von dem Erzbischof unterzeichneten Nixenreißens der französischen Bischöfe gegen die weltliche Gemeindefreiheit verurteilt. Das Gericht hat also den für die Lehre festgelegenden Schadenersatz des Erzbischofs zurückgewiesen. Weltlich schweben nach mehrere Klagen von Lehrevereinen gegen andere Bischöfe wegen desselben Nixenreißens. — Infolge der Streikmaßnahmen in Guadeloupe beschloß die Regierung auch den vor Zanger ankommenden Kreuzer „Trent“ mit 400 Mann unzerstörlich nach Pointe à Pitre zu entsenden. Wie der Gouverneur von Guadeloupe telegraphisch, ist auf der Insel der Streik der Arbeiter aufhoben. Das Budgetgesetz hat bei den jüngsten Klauen getriebenen Arbeiter in ohne Zufriedenheit verlaufen.

Rußland. Der Chef der russischen Geheimpolizei, der für die persönliche Eiderheit des Zaren die Verantwortung trägt, ist in heller Verzweiflung. Nikolaus II. hat sich angeblich plötzlich von der Gefangenschaft befreit, mit der die Geheimbeamten sein Leben ungeben. Jetzt nämlich können seine Untertanen ihn in den Straßen von Petersburg sehen, ohne Eskorte, ohne Verkleidung. Alle Vorkehrungen, die früher eine Aufsicht des Zaren begleiteten, sind verschwunden. Am Sonnabend bemerkten viele Leute Nikolaus II. in der Oberstenuniform der Leibgarde, wie er in Begleitung eines Adjutanten südlich plaudernd den Remata hinauslendere. Später machte der Zor in verschiedenen Aben Einfluß, ohne erkannt zu werden. Er schloß über die neue Freiheit enttäuscht zu sein, und als der Chef der Geheimpolizei den Verfall aller Reußen beschwor, doch sein kostbares Leben

nicht so auf Spiel zu setzen, antwortete Nikolaus nur, daß er seinem Volke vertraue und Gott ihn vor Feindtätigkeiten schützen würde. Er sei überzeugt, daß die revolutionären Sozialisten in nicht erwidern wollen. Ob's wahr ist? — Am Sonnabend vormittag traf der Kaiser zum Besuche der Nicola Kaaalierfamilie in Petersburg ein, frühstückte dann bei der Kaiserin-Mutter und machte später Besuche beim König und der Königin von Bulgarien, sowie beim Emir von Rußland.

England. Der am Sonnabend stattgehabte Ministerrat dauerte drei Stunden. Später verließ der Premierminister Asquith London, wohin er am Montag zurückkehren wird. — Das neue Marinebudget übersteigt 800 Millionen Mark. Das bedeutet seit einem Jahrzehnt eine Steigerung um 300 Millionen. — Die Gerichte über den beabsichtigten Rücktritt des Kabinetts werden für unbegreiflich erachtet.

Schweden. Dem König rieten die Ärzte, nach der jetzt gütlich berendeten Krankheit zur vollständigen Wiederherstellung seiner Kräfte einige Zeit in einem milderen Klima zuzubringen. Wahrscheinlich wird die Befahrt nach dem Süden Mitte März stattfinden können.

Türkei. Wie der „Frankf. Ztg.“ gemeldet wird, hat das türkische Gericht in Serres den deutschen Staatsangehörigen Hofmann wegen Eideschwörung in Berlin ein Verbot zu vier Jahren Gefängnis verurteilt bei Außerachtlassung der durch das Kapitulationsrecht vorgeschriebenen Maßnahmen. Der deutsche Botschafter hat bei der Botschaft protestiert und das Urteil für null und nichtig erklärt. Er behält sich weitere Schritte vor, falls nicht eine sofortige Amnestierung des Urteils erfolgt. Ein offizielles Telegramm der Kaiserin, die dem türkischen Gericht Mitteilung. — Die Worte ordnete die Zusammenziehung einer starken Flottenmacht im Mittelmeer an und richtete eine Note nach Sofia gegen das Vorgehen der bulgarischen Grenzposten.

Grüßland. Der Entwurf der griechischen Verfassungsrevision ist von der Regierung fertiggestellt und enthält folgende Vorschläge. Fremde Untertanen können in Griechenland mit denselben Rechten wie Eingeborene Dienste nehmen. Das Budget muß im Laufe der ordentlichen Session von der Kammer angenommen werden. Eine Vertagung der Arbeiten der Kammer mittels Dekrets ist nur einmal in jeder Session gestattet. Zwei Verfügungen an Stelle dreier genügen für die Annahme jedes Gesetzes. Die Bestimmungen des Verfassungsartikels über die Vertagung der Kammerarbeiten betreffen die Stellung der Beamten, ihre Ernennung und Beförderung sind in der Verfassung niedergelegt. Dieser Revisionsentwurf wird den Parteiführern überreicht und im Laufe der nächsten Woche in der Kammer eingebracht werden.

Morokko. Ein am Sonnabend abend aus Tanger abgegangenes Telegramm meldet, daß die auswärtigen Beziehungen Marokkos, die seit dem 1. August 1909 durch die Abreise eines Botschafters, der bisher keinen Vertretung gefunden hat.

Perth. Aus Perth wird der „König. Ztg.“ gemeldet: Die Hauptbedingungen für eine englisch-russische Vorkaufsanleihe sind eine englische Aufsicht über die Finanzen und Abzug der früheren Bankguthaben. Die perthischen Hauptbanken erboten dagegen 50 Millionen Pfund und haben 200 Millionen Pfund garantiert. Sie wollen selber das Geld geben. Die Regierung, die das Parlament fürsorgt, scheint den Vorschlag hinzunehmen zu wollen.

Englisch-Indien. Im Budget für Indien heißt es, daß wegen der Verminderung der Opiumeinnahmen, die eine Folge des verringerten Exports nach China und wegen der durch den russischen indischen Regierung sich ergebenden hohen Einfuhrzölle für Silber auf 4 Pence pro Unze zu erhöhen, für Persepolis von 1 Penny auf 3/4 Pence pro Gallone, für Bier von 2 auf 3 Pence pro Gallone.

China. Einem in Neuport aus Beijing eingetroffenen Telegramm zufolge machte der britische Gesandtschaftsbeamte den chinesischen Konsul in Neuport ein Schreiben, das die chinesische Regierung den Interessen der Briten in der Lage in Tibet bezüglich der Erhaltung von Frieden und Ordnung an den Grenzen. Der Gesandtschaftsbeamte erwiderte, daß auch formell nach den Absichten der chinesischen Regierung.

Japan. Die innere japanische Anleihe zum Zwecke der Konversion der inneren Staatsanleihe ist zweimal überzeichnet worden. Summe wird eine Konversion von hundert Millionen Yen von der äußeren Staatsanleihe beabsichtigt.

Nordamerika. Wie der „Frankf. Ztg.“ aus Neuport gemeldet wird, haben sich 22 Tabakgesellschaften in Georgia und Florida mit einem Gesamtkapital von sieben Millionen Dollars fusioniert. — Die Senatskommission für den Fall der Verhaftung von Senator Ellis eingetragene Eisenbahnvorlage berichtet. Zur Verhütung wird auf einen Druck seitens des Weissen Hauses zurückgeführt. — Die Truppen haben Glück. Nach einer Meldung aus Washington hat das oberste Bundesgericht der Vereinigten Staaten eine Entscheidung gefällt zugunsten der Southern Railway in deren Prozeß zur Abschaffung der jährlichen Weisensteuer, die der Gesellschaft von dem Staat Alabama für ihre Gefährde in diesem Staate auferlegt wurde. Die Urteilabgrenzung führt aus, daß die Steuer verfassungswidrig sei und auf eine ungesetzliche untergerichtliche Behandlung hinauslaufe. Diese Entscheidung beruht auf die Louisiana- und Kalifornien- und andere Eisenbahnen, die aus demselben Grunde Prozesse führen.

Deutschland.

Berlin, 28. Febr. Der Kaiser besuchte am Sonnabend vormittag den Reichskanzler und nahm später im königlichen Schloß militärische Meldungen entgegen. Am Abend begab sich der Kaiser im Automobil nach Potsdam, um an einem Essen beim Offizierkorps des Regiments Gardeultrazars teilzunehmen. Dazu waren auch der Kronprinz,

Prinz Friedrich Leopold, der Landgraf von Hessen und Fürst Jülichberg erschienen. Am gestrigen Hochzeitsstage des Kaiserpaars nahm die kaiserliche Familie vormittags am Gottesdienst im Dom teil. Um 1 Uhr waren die Kinder der Majestäten bei dem Kaiser und der Kaiserin zur Frühstückstafel geladen. Zur Abendtafel waren Einladungen an die jetzigen und früheren Umgebungen des Kaiserpaars ergangen.

— (Das preussische Staatsministerium)

— (Eine Verordnung über die Reisekosten und Tagegelber der Reichsbeamten) wird dem Bundesrat demnächst zugehen. Während in Preußen die Materie durch ein Gesetz geregelt wird, dessen Entwurf bekanntlich dem Abgeordnetenhaus gegenwärtig vorliegt, geschieht es im Reich auf Grund des Beamtenbefehlmasgesetzes durch eine kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesrates. Die Bestimmungen des Entwurfs zu dieser Verordnung entsprechen im großen ganzen den im preussischen Gesetzentwurf niedergelegten Grundgedanken. Eine besondere Regelung haben nur die Auslandsreisekosten gefunden. Hier bedarf es für das Reich näherer Festsetzungen, weil zahlreiche Ressorts, wie das Auswärtige Amt, das Kolonialamt, das Reichspostamt, wie mehr als preussische Ressorts an derartigen Festsetzungen interessiert sind.

— (Die Gehaltsnachzahlungen für 1908) aus Anlaß der Besoldungsberichtigungen sind nach einem Erlaß des Finanzministers von der Staatsentkommensteuer befreit. Trotzdem aber sind nach einer offiziellen Darlegung die Gemeinden

berechtigt, sie zur Gemeindecinkommensteuer heranzuziehen, da die Gemeinden in bezug auf die Erhebung ihrer Steuern vollständig autonom sind und nach früheren Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts der Bericht des Staats auf seine Einkommensteuer für die Gemeinden keineswegs bindend ist. Zwischen dem Finanzministerium und dem Ministerium des Innern besteht auch hierüber Übereinstimmung, so daß für die Gemeinden irgendwelche Behinderung zur nachträglichen Besteuerung der Gehaltsnachzahlung nicht vorhanden ist.

— (Sozialdemokratische Agitatoren) sollen in letzter Zeit mehrfach Reisende auf der Eisenbahnfahrt bedröht und gezwungen haben, sozialdemokratischen Veränden beizutreten. Das Bahnhofs- und Zugbegleitpersonal hat daher, wie oberflächliche Klätter melden, von der Eisenbahndirektion Ratowitsch Anweisung erhalten, bei Revisionsgängen durch die einzelnen Wagen verschärft auf derartige grobe Belästigungen des reisenden Publikums zu achten und erforderlichenfalls unaufgefordert einzuschreiten. Personen, die ihre Mitreisenden belästigen, sind von der Mitfahrt auszuschließen und nötigenfalls noch wegen Bahnpolizeiübertretung zur Anzeige zu bringen.

— (Aus den Kolonien.) Nachdem die Nachvollverordnung des Gouverneurs von Deutsch-Südwestafrika von den Vereinten angefochten und teils in Straf, teils in Zivilprozessen von vier verschiedenen oberständlichen Gerichten für ungültig erklärt worden ist, hat der Reichsfanzler (Reichskolonialamt), wie aus Windhuf tele-

graphiert wird, die alte Verordnung nunmehr trotzdem für gültig erklärt und ihre Durchführung angeordnet. Es ist damit dem Urteil der Gerichte, darunter des kaiserlichen Obergerichts, der letzten Instanz, die Rechtskraft genommen. Wie erinnerlich, hatte die Nachvollverordnung, die genau vor drei Jahren erlassen wurde, große Erregung hervorgerufen, besonders da zwischen ihrer Befestigung und ihrem Inkrafttreten nur die kurze Frist von fünf Tagen lag. Nachdem nun die oberständlichen Gerichte ihre Ungültigkeit ausgesprochen haben, ist die neue Verfügung, die tatsächlich die Gerichtsurteile umflößt, um so aufwälliger. Die Betroffenen würden danach Mühe, Zeit und Geld für die Prozesse vergeblich angewendet haben. Es ist zu verlangen, daß der Staatssekretär des Reichskolonialamts diesen tiefen Vorgang schleunigt auflöst.

Vermischtes.

* (Silberhochzeit im Schlosse Arrienfels.) Im Schlosse Arrienfels bei Sönnigen wurde in Abwesenheit der Besizerin, Gräfin von Westphal, in der vergangenen Nacht ein Einbruch diebstahl verübt. Silber-, Schmuck- und Wertgegenstände von bedeutender Höhe wurden gestohlen.

* (4 Arbeiter bei Sprengarbeiten Lebensgefährlich verletzt.) Bei den Sprengungsarbeiten in dem Steinbrüche von Coclan bei Zimmersrode (Bezirk Rassel) hat sich Sonnabend vormittag ein schweres Unglück ereignet. Vier Arbeiter wurden durch einen vorzeitig losgeschlagene Schuß lebensgefährlich verletzt. Nach zehn Jahren in die Heimat zurückgeführt. Der Kreuzer „Buffard“, Kommandant Korvettenkapitän Wenger, ist nach zehnjährigem Aufenthalt in überseeischen Gewässern, zuletzt Ostafrika, wohlbehalten nach Kiel zurückgeführt.

2 Läufer Schweine

verkauft Krautstraße 4.
Achtung!
Jeden Mittwoch und Sonnabend
frische geräucherter Heringe.
H. Scherer, Sand 22

Geschäfte Apfelsinen
empfehlen C. Heidenreichs Ww.,
An der Geisel.

Plüsch ist und bleibt
der beste
Sofabezug
in buntem und glanzvollem, mod. Muster,
direkt und billigst zu beziehen von
Vorstand Paul Thum, Chemnitz Sa.
Küsterstr. gegen freie Rücksendung.

Mehrere gebrauchte gut nähernde
Nähmaschinen
find billig abzugeben.
H. Baar, Markt 8.



Kein anderes Produkt
erzeugt Gummi-Politur!
R. Zupper, Central-Druckerei.

Alle Sorten
neue Wagen

mit:
Droschken, Hinterlader, Fleischer-
und Preschwagen mit und ohne
Federn
gut erhaltene gebrauchte Droschken
und Hinterlader.

Wagenbauerei
Karl Köhler,
Lützen.

„Ich war am ganzen Leibe mit
Flechten

behaftet, welche mich durch das ewige
Juden Tag und Nacht nicht in Ruhe
ließen. Nach einer Einreibung von kaum
14 Tagen mit **Suders Patent-Medikament**
Selle waren meine Flechten vollständig
verschunden. Ihre Stelle ist nicht 1,50
Mark, sondern 100 Mark wert. Sergeant
R. in G. a. Sta. 50 Pf. (15%ig) und
1,50 Mk. (85%ig, härteste Form). Dazu-
gehörige **Suders-Creme** 75 Pf. und 2 Mk.,
ferner **Suders-Seife** (mild), 10 Pf. und
1,50 Mk. Bei Billig. Kleinstg. und Nicht-
Käufer.

Wenn er nicht am besten schmeckte,

würde Kathreiners Malzaffee nicht an Verbreitung
alle andern Malzaffees so riesenhaft überragen.
Kathreiners Malzaffee schmeckt nicht süßlich und
sade, auch nicht bitter und scharf wie viele Nach-
ahmungen, sondern hat einen angenehmen, vollen,
mild-aromatischen Wohlgeschmack. — Dieser Vorzug,
dazu seine Bekömmlichkeit und Billigkeit haben
Kathreiners Malzaffee in der ganzen Welt zum
Lieblingsgetränk aller Bevölkerungskreise gemacht.

Zur Konfirmation

empfehle
für Mädchen: Hemden, Beinkleider, Anstands- und Unterröcke in weiß und bunt. Korsetts, Hüfchen, seidene Bänder, Gürtel.
für Knaben: Hemden, Kragen, Chemisettes Serviteurs, Manschetten, Oberhemden, Cravatten, Hojenträger.

Strümpfe, Strumpfhalter, Taschentücher, Handchuhe in Glacé und Stoff, schwarz, weiß, farbig. Hemdenstoffe, Stickereien.

Ferner kommt ein Posten angeschmühter weißer Kinderschürzen zu ganz herabgesetzten Preisen zum Verkauf.

G. Brandt, Gotthardtstrasse 25.
Mitglied des Rabatt-Par-Vereins.

Die neueste Sauerstoffheilmethode.

Vanadogen, Vanadiferum (Nitritum), Phosphor-Vanadil, Vanadiform usw., konzentrierte wässrige Lösungen von Sauerstoff überlebenden Chloratfolgen mit einem ungelösten Vanadiumsalz. Die mächtige Wirkung beruht auf der Spaltung der Chlorate in Chloride und Sauerstoff durch das Vanadium bei Berührung mit Metallen (Blut, Bazillen usw.). Die Mittel sind Erzeuger von Ozon im großen Maßstabe. Die Nahrung wird prompt ausgenutzt, Magen und Darm verdauen vollständig, das Blut vermehrt sich sehr schnell, die Körperzellen erfrischen, der Stoffwechsel wird normal; zugleich vernichtet der aktive Sauerstoff durch Zerlegung die altfalschen Krankheitsgifte. Die Methode ist neu, von Ministern und Ärzten genau geprüft und liefert bisher nie gekannte Resultate.

Die Gebiete sind: 1) **Blutschwäche, Schwäche der Kinder und Greise** (Germustel-Gewächse). 2) **Wagen- und Darmleiden** (Appetitlosigkeit, chronische Durchfälle etc.). 3) **Zuckerulose, Bronchitis**, die Folgen von Syphilis; durch Vernichtung der Toxine und Bazillen, die erhöhte Kraft des Blutes und den starken Appetit, 4) **Herzleiden** (75 Proz. der **Krankheiten**), **chron. Rheumatismus, Weitsicht**, bestimmte Fälle von **Zuckerkrankheit**, Nierenleiden nach Infektionskrankheiten. Vergrößerung gratis. 1 St. für 1 Monat Mk. 10.— durch die Apotheken, wo nicht, durch die Versand-Apothek des ärztlich geleiteten **Vanadiumhep.**, **Rhein-Kindertal**, Ebersteinstr. 84. Niederl.: **Waldenburg, Viktoria-Apothek**, Kaiserstraße 96.

Matulatur
hält stets vorrätig und empfiehlt billigst
Verlag
des „Merseburger Correspondent“.

Dr. Dralle's
Malattine
Glycerin- und Honig-Gelée. Gegen
spröde und aufgesprungene Haut.
Fettfrei! Überall zu haben.

Gute Speisekartoffeln
a Zentner 2,25 Mk.,
Fatterkartoffeln
a Zentner 1,50 Mk.
verkauft, solange der Vorrat reicht
Friedrich Bohle,
Kleine Dirlitstraße 1.

Berein
für Handlungs-Kommit 1858
von
(Kaufmännischer Verein) in Hamburg.
Größte kaufmännische
Stellenvermittlung
der Welt.
Für Firmen und Mitglieder
kostenfrei.
Über 145 000 Stellen
besetzt.
Geschäftsstelle in Merseburg bei Herrn
Richard Lots, Burgstraße 7.
Mittwoch den 2. März er.
im Schüttsch-Restaurant.

Poseidon.
Dienstag den 1. März 1910, abends
8 1/2 Uhr.
Bersammlung
in der „Wartburg“.
Der Vorstand.

Reichskrone.
Heute Montag
Großes
Abschieds-Konzert
vom Damen-Orchester „Waldglöckchen“.
Dienstag den 1. März
Eröffnungs-Konzert
vom Salon-Orchester „Rignon“.
4 Damen. 2 Herren.

Neuheiten für das Frühjahr

in
Kleiderstoffen, Seidenwaren,
Damen- und Kinder-Konfektion

sind in ganz hervorragender Auswahl von den einfachsten bis zu den feinsten Qualitäten eingetroffen und bringen wir dieselben wie stets

zu den denkbar billigsten, festen Preisen

zum Verkauf.

Brummer & Benjamin, Halle S.,

22/23 Grosse Ulrichstrasse 22/23.

Wald, Leipzig

Dienstag den 1. März 1910,
abends 9 Uhr,
Monats-Versammlung
im Vereinslokale Herzog Christian
Von 8-9 Uhr Abgangskunde
Der Vorstand.

Bäckerei Neumarkt Nr. 4.
Mittwoch früh
Speckfuchen.

Speckfuchen
Dienstag und Mittwoch von 1/20 Uhr ab
ff. Pumpernickel
empfiehlt Franz Vogel.

Goldne Angel.
Mittwoch
Schlachtfest.

Saale-Schlößchen.
Heute Dienstag Schlachtfest.
Früh von 8 Uhr an Bekleidung

Hubolds Restauration
Sonne
Schlachtfest

frühe hausf. Bäck.
Ernst Vogel, Saalestr. 10.

Schneiderei
außer dem Hause wird angenommen
Märzstr. 2

Oderliche anständige Dame mit 12 Jahr.
Mädchen suchen zum 1. April Hausmams.
Heile. Offerten bitte unter „Hausmanns-
Heile“ in der Exped. d. Bl. abzugeben

Jüngeren Malergehilfen
steht sofort ein
Büchschuss, Galleische Str. 81.

Zuverlässigen Rutfher
mit guten Zeugnisse am 1. April sucht
Dr. Mummelthey Wohnhofsstr. 6.

Ende zu Oftern noch einen
Dehrling.
Carl Hecken Sattlermeister.

**Mehrere Maurer-
und Zimmerlehrlinge**
steht Oftern noch ein
A. Wötter, Gutendorferstraße 11.

Drechslerlehrling
gesucht.
A. Pitzschker.



Zum Magenschluß
gehört ein guter Käse und fürs Brot die
delikat schmeckende

Siegerin

oder

Mohra

die Elitemarken der Margarine-Industrie.
Als Brotaufstrich von feinsten Molkerei-
butter nicht zu unterscheiden.
Überall erhältlich!

Aleynige Fabrikanten:
A. L. MOHR G. m. b. H.
ALTONA-BAHRENFELD.

**Elektrische Licht- und Kraftübertragungen,
Telefon- und Blitzableiter-Anlagen**
führt fachgemäß aus
Elektrot. Installations-Bureau
Telefon 360. **G. Liebmann, Merseburg, Burgstr. 9.**

J. G. Knauth & Sohn
gegr. 1845 Entenplan 2
empfehlen in unerreich grosser Auswahl sämtliche Neuheiten der Saison.

Herrenhüte
steif und weich in allen modernen eleganten Formen und Farben in
Haar, Wolle, Loden, deutscher und ausländischer Fabrikate.

Mützen
für Herren, Knaben und Mädchen in allen modernen Formen.

Schlipse, Cravatten, Selbstbinder
reichste Sortimente und Farben.

Handschuh
Glacé, Wildleder, Seide, Zwirn, für Herren u. Damen. Kragen, Manschotten,
Serviteurs, Vorhemdchen, bunte Garnituren, Hosenträger, Strümpfe, Regen-
schirme, Stöcke, Sommerschuh und Pantoffeln.

Preise ohne Konkurrenz. Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

Zur Konfirmation
empfehlen: Hüte, Cravatten, Handschuh in Glacé und Zwirn.

Zu Oftern werden einige Plätze für
Klavierschülerinnen
frei. Offerten unter G W 23 an die
Exped. d. Bl. erbeten.

Junges Mädchen,
welches Oftern die Schule verläßt, sucht
Stellung bei älteren oder kinderlosen Leuten.
Zu erfragen
Globigkauer Straße 30, 3 Tr. links.
Junges Mädchen, welches Lust hat die
Blumenbinderei zu erlernen,
sofort oder später gesucht.
H. Rodendorf, Blumengehäfst,
Walthardstraße 36

**Suche i. sehr gute Stellen
bei hohem Lohn:**
zuverl. Köchin nach Leipzig und Halle,
Stubenmädchen, m. Schneidern und Ser-
vieren f., Hausmädchen f. hier und ausw.,
äit. Mädchen f. einzl. Pers. n. Potsdam.
Frau Henriette Langenheim,
Stellenvermittlerin, Schmale Str. 18.

Sauberes fleißiges Mädchen,
das etwas Kochen kann, sucht zum 1. April
Frau Dr. **Mummelthey,**
Wohnhofsstr. 6.

Ordentliches Mädchen,
welches Kochen kann und Hausarbeit mit
zu verrichten hat, wird zum 1. April in
gute angenehme Stellung bei hohem Lohn
nach GutsMuthsstraße gesucht. Bewerbungen
im Vorh. Markt 13.

Ein älteres Mädchen für kleinen Haus-
halt gesucht. Off.
unter H H an die Exped. d. Bl.

Ordentl. Mädchen zu erfragen
Waisen oder Et. age 27.
Ein fleißiges, anständiges, etwas er-
fahrenes Mädchen zum 1. April gesucht.
Frau Professor Dr. **Hoyer,**
Walthardsstr. 25, 1.

Junges Mädchen zur Aufwartung
für nachmittags gesucht
Galleische Straße 58, darr.
Wegen Erkrankung des Mädchens sofort
Aufwartung
gesucht **Märzstraße 25, 1.**

Junge Aufwartung
für vormittags gesucht
Marienstraße 8, 11.

Weinzipfel,
schwarz-rot-gold, mit Bindung, ver-
loren gegangen. Gegen Belohnung abzu-
geben **Wohnhofsstr. 6.**

Verloren eine kleine Goldwaage Sonn-
abend von der Poststraße bis
zur „Reichstrone“. Abzugeben gegen Be-
lohnung **Poststraße 8, 11.**

Verloren
ist am Sonntag den 13. Febr. eine goldene
Galgelücke mit Kreuz (wahrscheinlich auf dem
Weg von Schkopau). Der ehrliche Finder
wird gebeten, dieselbe gegen Belohnung ab-
zugeben **Gerastraße 8, 1.**
Hierzu eine B. H. 2.



Der Hinterbliebenenversicherungsfonds.

Offiziell wird aus Berlin geschrieben: Wie schon früher hervorgehoben wurde und jetzt von neuem bestätigt wird, wird die Auffüllung des Hinterbliebenenversicherungsfonds im Finanzjahr 1909 sich auf wenige Millionen Mark beschränken. Damit wird für die Reichskasse und deren Einbauschluß im laufenden Etatsjahre eine große Erleichterung geschaffen werden.

Im Etat des Reichshauptamtes für 1909 ist für den Hinterbliebenenversicherungsfonds eine Ausgabe von 40 Millionen Mark vorgesehen. Wird es, was jetzt schon mehr als wahrscheinlich ist, nicht nötig, den allergrößten Teil dieser Ausgabe zu leisten, so verbessert sich um die Differenz der Finalabschluß der Reichshauptkasse. Für den Hinterbliebenenversicherungsfonds sind die Ausfichten allerdings ebenso ungünstig. Die Bestimmungen, die seine Dotierung betreffen, sind seit dem 1. März 1906, dem Tage des Inkrafttretens des neuen Zollarzgesetzes, in Geltung. Trotzdem hat erst einmal, und zwar im Jahre 1907, eine Summe aus den Mehreinnahmen der in Betracht kommenden landwirtschaftlichen Böden in den Fonds eingelegt werden können. Sie machte damals etwas über 42 Millionen Mark aus und ist jetzt durch die Zinszuschüsse auf über 45 Millionen Mark gestiegen. Selbst wenn mit der Auffüllung des laufenden Etatsjahres der Bestand sich auf über 50 Millionen Mark erhöhen sollte, so ist doch bei weitem nicht die Erwartung erfüllt, die man bezüglich der finanziellen Unterstützung der Durchführung der Hinterbliebenenversicherung auf den Fonds gesetzt hatte. Die neue Versicherungsart soll zugleich mit der Reichsversicherungsordnung zum 1. April 1911 eingeführt werden. Es würde also auch noch für die Auffüllung des Hinterbliebenenversicherungsfonds das laufende Etatsjahr in Betracht kommen. Bekanntlich hat man aber in den Etat des Reichshauptamtes diesmal überhaupt keine Ausgabe zu dem in Rede stehenden Zwecke eingelegt. Man kann daraus auf die Erwartung schließen, die bezüglich der Fondsbestandssteigerung gesetzt wird.

Nach alledem darf man jetzt bereits ganz sicher sein, daß der Hinterbliebenenversicherungsfonds bei der Durchführung der neuen staatlichen Versicherungsart eine irgendwie in Betracht kommende finanzielle Unterstützung nicht liefern wird. Wie er schließlich zu verwenden sein wird, wird bei der Fertigstellung der Reichsversicherungsordnung zu entscheiden sein.

Deutschland.

— (Kriegsgerichtsrat Voll) in Königsberg hat sein Amt als Vorsitzender des ostpreussischen Provinzialverbandes des Dismarckvereins auf Befehl des Kriegsministers niederlegen müssen. Die von der Königsberger Hart. Ztg. sofort geäußerte Vermutung, daß es sich hier um die politische Maßregelung eines Beamten handelt, wird durch den Verlauf der Generalversammlung der Ortsgruppe Königsberg des Dismarckvereins am Donnerstag bestätigt. Es stellte sich da nämlich heraus, daß es nicht, wie anfangs vermutet wurde, persönliche Gründe waren, die den Rücktritt Volls veranlaßt haben. Das genannte Königsberger Blatt erkennt zwar an, daß der Dismarckverein ein politischer Verein ist, dem Angehörige der aktiven Armee nach § 49 des Militärgesetzes nicht angehören dürfen, bejaht aber doch zweierlei als ausfällig: einmal, daß die Regierung sich so föhlich und unermittelt zu dieser veränderten Auffassung bekennt, und zweitens, daß von diesem Befehl lediglich der der konservativen Parteileitung mißliebige gewordene Kriegsgerichtsrat Voll betroffen wird. Das Mitgliederverzeichnis der Königsberger Ortsgruppe weist bei stichtiger Zählung von 800 Mitgliedern etwa 100 Offiziere und Militärbewerber auf, darunter auch einen Mann, wie Generaloberst Dr. Freiber von der Goltz. Die Angelegenheit wird auch noch besonders dadurch pilant, daß Kriegsgerichtsrat Voll in der Generalversammlung zum Ehrenmitglied ernannt worden ist, obwohl es doch unglücklich ist, jemand die Ehrenmitgliedschaft eines Vereins zu verliehen, dessen Mitglied er nicht sein darf.

— (Die Vertretung berechtigter Interessen durch die Redakteure.) Über dieses Thema wird der „Allg. Ztg.“ aus Kiel gemeldet: Die schwerige Stellung des verantwortlichen Redakteurs beleuchtet ein Urteil des Hufmurer Schöffengerichts. Der Landrat des Kreises Tondern hatte öffentlich vor der Kollekte eines Postbesitzer Einwohners gewarnt und erklärt, es habe sich herausgestellt, daß die ganze Sache ein Schwindel beruhe. Als in Hufmure eine regelrechte Hauskollekte abgehalten wurde und der Beauftragte nur einen Wanderwerbesein für den

Verlauf einer Durchsicht, nicht die erforderliche Erlaubnis des Regierungspräsidenten vorgeigen konnte, warnte das „Hufmurer Wochenblatt“ vor der Kollekte und bemerkte, die Sache mache den Eindruck eines großen Schwindels. Der Veranstalter der Kollekte erhob Klage gegen das „Hufmurer Wochenblatt“. Der verantwortliche Redakteur G. P. Christianien betonte in der Gerichtsverhandlung, es müsse dem Redakteur gestattet sein, so sagen, die Sache mache den Eindruck eines Schwindels, wenn der Landrat so bestimmt sage, sie habe sich als Schwindel herausgestellt. Das Hufmurer Gericht war anderer Auffassung: Der Landrat dürfe eine solche Warnung in Vertretung berechtigter Interessen erlassen, der Zeitung stehe aber kein Schutz durch Vertretung berechtigter Interessen zu. Da der angeklagte Redakteur kein tatsächliches Beweismaterial, sondern nur Dinge vorgebrungen konnte, die er gelesen hatte, erkannte das Gericht auf 40 Mk. Geldstrafe und Veröffentlichung des Urteils im „Hufmurer Wochenblatt“. Der Redakteur wird Verurteilung einlegen.

Parlamentarisches.

Abgeordnetehaus. (Sitzung vom 28. Februar.) Im Abgeordnetenhaus wurde am Sonnabend zunächst die Einzelberatung des Etats des Ministeriums des Innern fortgeführt. Bei dem Kapitel der Landratsämter entstand ein neuer grundsätzlicher Streit über das Vorhandensein und die Bedeutung des konservativen Parteiregiments in Preußen. Der konservative Abg. v. Gehler stellte es als selbstverständlich hin, daß die Landratsämter auch eine politische Hebungsgang haben dürften. Er kam aber dann ganz offen mit dem Anspruch heraus, daß die konservative Partei ganz besonders für die Besetzung von Beamtenstellen geeignet sei, weil diese Partei am meisten die Staatsautorität aufrecht erhalte. Der Zentrumsabgeordnete Graf Praschma erwiderte darauf in einer Weise, die Gehler sehr unangenehm im ganzen Hause entsetzte, wie in einem Falle ein Landrat seinen Einfluß in einer Buntentförmung geltend gemacht habe. Der Angegriffene, das konservative Mitglied des Hauses o. Kardorff, ging auf die Sache selbst vorichtigerweise nicht ein, um dafür desto energischer gegen das Zentrum vorzugehen, dem er Verlogenheit im politischen Kampfe vorwarf. Der freisinnige Abg. Dippmann bemerkte darauf das konservative Parteiregiment durch seine besondere, für sich selbst sprechende Vorform, worauf Abg. Dr. Wiemer das Wort ergriff, um dem Abg. von Gehler eine gründliche Abfuhr zu bereiten. Er tat dies mit großem Geschick, indem er hervorhob, daß die Konservativen doch am allerwenigsten sich als Hüter der Staatsautorität aufstellen könnten, da sie bei der Katastrophe, bei den europäischen Fandebereitungen Besondere bei dem Reichsfinanzgesetz gezeigt hätten, daß ihnen an der Erhaltung der Staatsautorität gar nichts gelegen sei, sondern nur alles an der Aufrechterhaltung ihrer politischen Macht. In der weiteren Einzelberatung des Etats wies der freisinnige Abgeordnete Schopp wieder darauf hin, daß dem Mangel an Schulden in Berlin immer noch nicht abgeholfen sei; Abg. Dr. Müller-Sagan verlangte die Gleichsetzung der Berliner Schulden mit den Geldmarnen in Rang und Gehalt. — Am Montag wird die Beratung des Etats der inneren Verwaltung vorausichtlich beendet werden, außerdem steht der Etat der Bergeverwaltung auf der Tagesordnung.

— Die Tagesreden des Reichstages werden nach einer Korrekturen wahrscheinlich am 18. März, am Freitag vor Palmsonntag beginnen.

Die Budgetkommission des Reichstages erledigte am Freitag zunächst den Marine-Etat. Im Verlauf der Beratung erklärte Schatzsekretär Bermuth auf Anfrage, daß es sich empfehlen werde, die Beträge, die durch die im Etat beschlossenen Abträge erspart werden, vorvorläufig für die Balanzierung des künftigen Etats zu verwenden. Der Reichstag, am 19. März, in dem die Beschlüsse für 1911 und 1912, lege er mit großer Sorge entgegen, und doch werde es für die Befundung der Reichsfinanzen durchaus unerlässlich sein, sie mit 80 Pp. pro Kopf Maritraldarbeiträge im Gleichgewicht zu erhalten. Der Schatzsekretär betonte, daß ihm nur ein Etat vortretbar erscheine, der diesen Grundlag nachre. Aus der Kommission erklärte man sich damit einverstanden, erwähnte aber die Resorte dringend zu möglichster Einschränkung. Man einigte sich dahin, bei den Maritraldarbeiträgen den Betrag von 48 Millionen Mk. nicht zu überschreiten, aber auch nicht weniger heranzuziehen. Die am Donnerstag gestrichenen 80000 Mk. Ortszulagen für die Besoldungen Offiziere wurden wieder hergestellt. Die Einmägen aus dem Verkauf von Schiffen, Gefährten, Wasser usw. wurden von 940000 Mk. auf 1000000 Mk. erhöht, die im Etat vorgeschlagen sind, auf 1200000 Mk. erhöht. Aber alle auf Gehaltsfragen bezügliche Petitionen wurde zur Tagesordnung übergegangen. Darauf wurde der Etat für Klautschou und das ostastatische Marinedetachment beraten, zunächst die Besoldungsordnung für Klautschou. Die Subkommission hat beim Gehalt des Gouverneurs einen Vorschlag von 50000 Mk. vorgelegen. Der Vertreter der Birkhoff'schen Vereinigung beantragte die Wiederherstellung des vollen Gehalts von 50000 Mk. Von national-liberalen und konservativen Seite schloß man sich diesem Antrag an mit Rücksicht auf die hohen Anforderungen an den Gouverneur. Der Vorsitzende des Zentrums hielt hier den Punkt für gegeben, wo man sparen könne. Bei großen Gehältern seien auch 50000 Mk. nicht, 40000 Mk. seien genug. Man dürfe die Gehälter nicht mit den englischen in Vergleich bringen. In Süddeutschland könne man auch nicht mit Preußen mithalten; die Vergleichs müßten innerhalb derselben Staatsgemeinschaft bleiben. Staatssekretär v. Tzipky betont, daß der Reichstag früher die besondere

Stellung der Gouverneure von Klautschou anerkannt habe. Es handle sich um den zukünftigen Gouverneur. Der jetzige habe an sich Rechtsanspruch auf die Besoldung. Es sei eine exponierte Repräsentationsstellung, deren Gehalt nicht durch ein allein bestimmt werden könne. Auch der freisinnige Redner war für die Besoldung des höheren Gehalts. Er wurde weiter ausgeführt, daß die Gehälter nach den Fähigkeiten der Repräsentation variieren. Leider habe man im Reichstag kein eigenes Urteil über die Dinge, da alle Abgeordneten, die in Klautschou waren, nicht wiedergewählt seien. Eine allgemeine Parlamentarität sei richtig, aber man dürfe nicht Parteigebäude schlagen. Kapitän z. S. Prünzhaus führte aus: Nach dem Urteil der Ehre, die nur nach dem Einkommen seien, galt der Gouverneur früher als der Mann an finsterer Stelle. Freitag habe einen guten Ruf in Klautschou. Der Sekt-Standard sei viel geringer als an anderen Plätzen. Ein sozialdemokratischer Redner meinte, daß der Reichstangler in Berlin noch viel tiefer als auf die höchste Stelle gesetzt sei. Einleitliche Anführungen dürften nicht maßgebend sein. Gegen die konservativen, freiservativen, national-liberalen und zwei freisinnige Stimmen, mit 12 gegen 11 Stimmen wurde das Gehalt um 10000 Mk. herabgesetzt und nach dem Vorschlag der Subkommission die Solontalage von 4200 Mk. auf 4000 Mk. herabgesetzt. Bei Klasse 6 und 7 wurden 200 bzw. 100 Mk. abgesetzt und sonst die Gehaltsordnung nach der Reihenfolge vorzulegen angenommen.

— Zum Etat des Reichstages ist die sozialdemokratische Fraktion eine Resolution eingebracht, in der der Reichstangler ersucht wird, dafür zu sorgen, daß die Erbschaften zum Reichstag tüchtig nicht mehr in verfallenen und nachträglich wähliger Weise veräußert anberaumt werden, wie das bisher zumeist der Fall war.

Provinz und Umgegend.

† Halle, 28. Febr. Der Schüler Willi Richter war Freitag nachmittag in einem Stenbdrucke am Galgenberge die steile Wand 25 Meter hinabgeglitten und konnte dann weder vor noch rückwärts. Abends gegen 6 Uhr mußte die Feuerwehr geholt werden, die bei Magnesiumbeleuchtung den vorwichtigen Büschen nach vielen Schwierigkeiten anseilen und aus der gefährlichen Lage befreien konnte. — Der 84 Jahre alte frühere Jurist Heinrich Serner starzte gestern von dem Dach eines Schuppens auf seinem Hofe auf das Pflaster. Der Kreis erlitt so schwere innere Verletzungen, daß der Tod sofort eintrat. — Die außerordentliche Generalversammlung des Bundes für Mutterchutz trat Sonnabend mittag 12 Uhr im Hotel Stadt Hamburg zusammen.

† Weidenfels, 28. Febr. Der verstorbene Privatier Jherodt hat der Stadt ein Vermächtnis von 10000 Mark hinterlassen, dessen Einkünfte zum wohltätigen Zwecke und zur Schmückung seines Grabes dienen sollen.

† Torgau, 28. Febr. In der Nachbarstadt Dommitzsch ist in der vergangenen Nacht das Rathaus, das dem 17. Jahrhundert entstammt, bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. In dem Gebäude waren u. a. untergebracht: die Polizeiverwaltung, das Kgl. Amtsgericht und die Stadtparkasse. Die Dokumente und Akten neueren Datums konnten in Sicherheit gebracht werden. Der Brand griff so rapid um sich, daß an eine Rettung des Mobiliars nicht zu denken war. Auch die angrenzende evangelische Kirche war stark gefährdet, sie blieb aber dank der ausdauer und weiterer Entfernung zahlreich herbeigekommenen Feuerwehren unversehrt. Der Brand ist gestern abend gegen 10 Uhr in der Wohnung des Ratselementes zum Ausbruch gekommen. Die in Mitteleidenschaft gezogenen Behörden müssen sich zum Wiederaufbau des Rathauses in Mietwohnungen untergebracht werden.

† Wittenfeld, 25. Febr. Im Oktober 1909 hatten die Stadtverordneten einen Antrag des Magistrats, unsere „Ehobene Mädchenschule“ in eine „Höhere Mädchenschule“ umzuwandeln, mit geringer Mehrheit abgelehnt. In gestriger Sitzung wurde nun nach mehrstündigen Verhandlungen der Antrag in namenhafter Abstimmung mit 13 gegen 10 Stimmen angenommen. — Zur Pflasterung sämtlicher noch nicht regulierten Straßen, die in zwei Jahren vollständig fertig gestellt sein soll, bewilligten die Stadtverordneten 133000 Mark.

† Könnern, 28. Febr. Der verstorbene Kaufmann Friedrich Hartmann, Vertreter der Firma Gebrüder Dippe in Quelinburg, der schon zu Lebzeiten ein Freund der Armen und Förderer gemeinnütziger Bestrebungen war, hat den größten Teil seines nach Hunderttausenden schätzenden Vermögens unter dem Namen Friedrich Hartmann Stiftung der Stadt Könnern vermach.

† Bad Harzburg, 28. Febr. Im Konfuz des Hotelbesizers Buchheiter fand vor dem hiesigen Amtsgericht die erste Gläubigerversammlung statt. Es werden ca. 20 Prozent geklärt werden können.

† Altenburg, 28. Febr. Die vom Stadtrat in Aussicht gestellte Finanzvorlage für die Stadt

Altenburg ist nunmehr fertiggestellt und wird den städtischen Körperlichkeiten im Laufe der nächsten Woche zugestellt werden. Sie hat den Bürgermeister Zell, früher Professor in Leipzig, zum Verfasser.

† Halle, 28. Febr. Eine Protestversammlung gegen den Wahlrechtsentwurf zum preussischen Abgeordnetenhaus veranstaltete gestern der Verein der Liberalen in Halle a. S. und dem Saalkreise in den Theatralen. Meistent war Landtagsabgeordneter Hoff, der den Entwurf als einen Gesetzesverstoß zur Aufrechterhaltung der Klassenverfassung, des Grobgerätes und Junkertums charakterisierte. In der Diskussion sprach u. a. der Führer der Konservativen Professor Dr. Süssland. Die Versammlung schloß mit einer Resolution, in der der Entwurf aufs entschiedenste abgelehnt wird.

† Schmalkalden, 28. Febr. Die Einführung einer Werkzeugsteuer wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung einstimmig im Prinzip beschlossen.

† Weimar, 28. Febr. Der Landtag hat den Antrag der Regierung auf Erweiterung des Dienstgebäudes des Departements der Finanzen im gelben Schloß angenommen und eine Summe bis zu 150 000 Mark bewilligt.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 28. Februar 1910.

*** Vom Provinziallandtag. Am 6. März tritt, wie schon wiederholt mitgeteilt, in unserer Stadt der Provinziallandtag der Provinz Sachsen zusammen. Die nunmehr amtlich bekanntgegebene Tagesordnung enthält eine Anzahl wichtiger Gegenstände. Vor allem ist die Errichtung einer neuen Landesheilanstalt, die in der Hauptfrage eine Irrenanstalt sein wird, zu genehmigen. Die Platzfrage für dieses Institut ist zwar noch nicht entschieden, doch besteht große Wahrscheinlichkeit, daß Erfurt diese Heilanstalt erhalten wird. Verhandlungen, die früher mit Mühlhausen geschlossen wurden, scheiterten an unüberwindlichen Hindernissen. Die beiden bestehenden Heilanstalten dieser Art befinden sich in Halle und Müschberg; im Interesse eines kürzeren Transports der Kranken wäre also erwünscht, daß die neuerrichtende Anstalt in Erfurter Gebiet werde. Ferner soll der Um- und Erweiterungsbau der Provinzial Irrenanstalt in Erfurt und eine Abänderung des Armenpflegekostenartikels beschlossen werden. Von Interesse ist auch die Errichtung einer Ruhegehaltskasse der Kommunalverwaltungen der Provinz Sachsen. Ein Antrag auf Nachzahlung des erhöhten Wohnungsgeldzuschusses an die Provinzialbeamten für das Rechnungsjahr 1908 hat, wie wir hören, wenig Aussicht auf Annahme, da die landesgesetzlichen Unterlagen dafür fehlen. Ein Gegenstand der Tagesordnung lautet: Bessere Herstellung der Provinzialstraßen. Kundige Hebaner behaupten, daß diese Vorlage sehr notwendig sei. Endlich soll auch über den Bau eines Provinzialmuseums in Halle Beschluß gefaßt werden. Über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines solchen Instituts kann man verschiedener Meinung sein. Im allgemeinen liegt die Museumsfrage doch so, daß sämtliche Großstädte und viele Mittel- und Kleinstädte ihre eigenen Museen haben und aus Gemeindegeldern unterhalten. Da dürfte bei dem engen Rahmen einer Provinz die Bedürfnisfrage für ein neues Museum, das die Fikera der Provinz tragen soll, unseres Erachtens zu vereinen sein. Wozu einer Stadt ohne zwingende innere oder äußere Gründe eine Extravertbraten? Wir meinen, in unserer Zeit, wo allortorten von oben herab dekretierte geradezu frampfartige Sparmaßnahmen geübt wird, sollte man mit solchen kostspieligen Projekten, die weitab von allen aktuellen Bedürfnissen liegen, recht zurückhaltend sein.

*** Der Provinzialausschuß hat dem Antrage auf Errichtung einer neuen Provinzial-Landesheilanstalt, die in erster Linie eine Irrenanstalt sein wird, und dem Antrage auf Beschlußfassung über den Bau eines Provinzialmuseums in Halle zugestimmt und die beiden Angelegenheiten auf die Tagesordnung des am 6. März zusammenzutretenden Provinziallandtags gesetzt.

*** Nächstes Kreissturnfest Juli 1910 in Halle. Zur Ausgabe gelangen 10 000 Festbücher. Jeder am Fest teilnehmende Turner erhält ein solches Büchlein, das auch als Führer durch Halle und Umgebung dient, nebst dem Festabzeichen. Vor und während der Festtage sollen sechs Nummern Festzeitungen in einer Gesamtanfrage von 18 000 herausgegeben werden. Zum Vertrieb sollen ferner gelangen 30 000 Festprospekte in guter Ausfertigung, ferner photographische Abbildungen der Festhalle, des Festzuges usw. Da die etwa 1000 Turnervereine des gegen 80 000 Turner zählenden Reiches XIII der Deutschen Turnererschaft sollen je zwei gedruckte Auftritte zum Turnfest mit der Bitte um Bekanntgabe bei den Mitgliedern und an die Provinzialzeitungen dergleichen mit dem Bittre um Abdruck verandt werden. Zur Ver-

eilung bezw. zum Aushang in den Vereinslokalen, Turnhallen, Gastwirtschaften gelangen 2000 Plakate, Entwürfe hierfür haben namhafte Halleische Künstler eingereicht. Das Festspiel in der großen, 5000 Personen fassenden Festhalle soll mehrere Male in der Vorwoche und dann während der Festtage zur Ausführung gelangen. Herr Walter Sieg, Regisseur beim Halleischen Stadttheater, ist bereit, das Festspiel zu verfassen, vorzubereiten und in Szene zu setzen.

*** Nordostthüringer Turntag (Bezirk Merseburg). Am gestrigen Sonntag fand die erste diesjährige Bezirksvorturnerunde in Merseburg in der städtischen Turnhalle statt. Anwesend waren 47 Vorturner. Es wurden die Gastabübungen für das Kreissturnfest in Halle durchgeführt, dann folgten die Wettbewerbe, hierauf Spiele und ein Schnellhangeln. Die Versammlung fand anschließend im Bergschloßchen statt, wo sämtliche Abteilungen besprochen wurden. Die nächste Bezirksvorturnerunde verbunden mit Bezirksturnfest findet in Kößlichau statt.

*** In den Räumen des Neuen Schützenhauses feierte am Sonntagabend der hiesige Buchdrucker-Verein „Gutenberg“ sein 23jähriges Stiftungsfest, das von Mitgliedern und Gästen gut besucht war. Neben einem vorzüglichen Konzert sorgten ein Duett und zwei Ensemble-Spiele für angenehme Unterhaltung des Publikums. Namentlich das letzte Stück, betitelt „Die neue Hoje“ oder „Ein Stündchen in der Schneidewerkstatt“ ließ die Anwesenden aus dem Lachen nicht herauskommen, und der am Schluß reichlich spendete Applaus war daher ein wohlverdienter. Bald darauf trat der sächsische Ball in seine Rechte und hielt die Zuhörer der schwarzen Kunst bis zum frühen Morgen in gemühtlicher Stimmung beisammen.

*** Der Verein ehem. Artilleristen feierte am Sonntagabend im Zwölften 29. Stiftungsfest, wozu sich die Mitglieder mit ihren Angehörigen und Gästen zahlreich eingefunden hatten. Wie stets, so wartete auch diesmal der Verein mit einem vorzüglich gewählten Programm auf. Das Konzert wurde von der Kapelle des 75. Artillerie-Regiments aus Halle ausgeführt, die ihre besten Kräfte einsetzte, den Zuhörern eine saubere und präzise Konzertmusik zu bieten. Der lebhaft gelobte Weisfall nach jeder Konzertstunde gab der rückhaltlosen Anerkennung der Zuhörer treffenden Ausdruck. Herr Kaufmann Schöndorfer begrüßte nach dem ersten Konzertstücken alle das vereinernden Vorsitzenden in einer herzlichlichen Ansprache die erschienenen Festteilnehmer, wozu Herr Kreisbauinspektor Zohl die Festansprache hielt, in der er Kaiser und Vaterland feierte und mit einem begeistert aufgenommenen Kaiserhoh endete. Sehr vielseitig waren die Gesangsbeiträge des Vereins, die langsam und sauber zum Vortrag gelangten und lebhaft applaudiert wurden. Der Humor kam in dem einaktigen Schwank „Die Stiefmutter“ und in dem Duett „Aus Frankreich zurück“ zur Geltung. Die Durchführung der Rollen war eine sichere, so daß beide Darbietungen viel Beifall ernteten. Der sächsische Ball beschloß das Fest, das sich seinen Vorgängern würdig anreichte.

*** Sein sechstes Stiftungsfest feierte am Sonntagabend in der „Reichskrone“ der Technische Verein Merseburg e. V. Der Saal des Stabliementes war aus diesem Anlaß mit Lammengrün und Blumen geschmückt, auch war eine idyllisch angelegte Erholungsstätte geschaffen worden, die zu längerem Aufenthalt einlud. Die Festordnung bot neben einem gegebenen Konzert unserer Stadtdirektors, dessen Programm u. a. die Fantasia aus „Lannhäuser“ von R. Wagner, ein Violinolo aus „Taubadour“, gespielt vom Konzertmeister Weidinger, Szenen aus „Aida“ von Verdi und ein vortreffliches Klytemnestra, betitelt, „Ungarische Weisen“ enthielt, die Vorführung des gelungenen, in Versen geschriebenen Einaktes „Der Nachtwächter“ von Körner, der mit vielem Fleiß einstudiert war und recht geschickt zur Darstellung gelangte. Weitere Vorträge launiger Tendenz verschönten noch die Kaffeepause, die nach der Polonaise und einigen Rundtänzen bereits um 1 Uhr arrangiert wurde. Nach Abendigung derselben fand der sächsische Ball seine Fortsetzung und festliche tanzlustigen Paare bis gegen Morgen an die gastlichen Räume.

*** Am Zwölften hielt am Sonntag der Männergesangsverein „Flora“ eine humoristische Abendunterhaltung ab. Das reichhaltige Programm wies viele dem Humor gewidmete Nummern auf, die ihren Zweck, die Anwesenden angenehm zu unterhalten und zu erheitern, vollauf erreichten. Es wurde viel gelacht, und den wackeren Darstellern der einzelnen Sachen für ihre gelungene Wiedergabe wohlverdienter Beifall gezollt. Infolge der Aufführungen griff unter den Erscheinenden eine animierte Stimmung Platz, die auch während des dem unterhaltenden Teile folgenden Tanzens anhält, welches den Schluß des Abends bildete.

*** Im Verein für naturgemäße Gesundheitspflege sprach morgen, Dienstag, abend der Schriftsteller Herr Gustav Mädel aus Berlin über

das Thema „Das Luftbad in gesundheitlicher und ästhetischer Bedeutung“ und wies seinen Vortrag durch ca. 60 Lichtbilder illustrieren. Gustav Mädel ist ein äußerst gewandter Redner und behandelt dieses Thema, welches eine Fülle von moderner Körperkultur in sich birgt, in der interessantesten Weise. Es ist dem Vereine zu danken, daß er die ungeheuren Kosten für diesen Vortrag nicht gescheut hat. Es wäre daher ein recht zahlreicher Besuch seitens des hiesigen Publikums dringend zu wünschen. Insbesondere den Verwaltungsbeförden und vorstehenden Körperlichkeiten ist der Besuch anzuschreiben. Der Vortrag findet für Damen und Herren statt und weisen wir an dieser Stelle noch besonders darauf hin.

*** Der Jahrmarkt war heute verhältnismäßig gut besucht. Besonders fällt es auf, daß diesmal die Anzahl der Verkäufer eine weit größere ist, als in den letzten Jahren.

*** Ein Einbruch wurde in der Nacht zum Montag in die Räume des hiesigen Fleischbausewantes, Mühlstraße, verübt. Der Dieb öffnete mittels Nachschlüssels die verschlossenen Kammern und entwendete aus verschiedenen Kästen 8 Mk. Bargeld, 2 Fleischermesser und einige Wäschstücke. Es ist als sicher anzunehmen, daß der Dieb genau mit den Verhältnissen vertraut gewesen ist. Die Ermittlungen nach dem Diebe sind im Gange und führen hoffentlich zu seiner Feststellung.

Halt und Wärme. Die Tage sind schon wesentlich länger geworden, und die Sonnennähe macht sich schon deutlich bemerkbar. Während man um die Weihnachtzeit schon um vier Uhr die Kämpfe anfluten mußte, kann man jetzt schon wieder bis gegen sechs Uhr sitzen und lesen. Auch des Morgens braucht man keine künstliche Beleuchtung mehr. Wir fühlen es: das Winterherz geht unmaßlos fast zu Ende. Auch der geringe Frost, der während der klaren Nächte geherrsch hat, war nicht so Dauer. In wenig Morgenstunden hatte die Sonne das wieder erweicht, was die Kälte hart gemacht hatte. Jeder, dem der schmerzhafte Tag und schmerzhaft ist, es sich auf den aufgetauten Wegen. Und wenn man das Mittags spazieren geht, dann spürt man im hellen Sonnenlicht schon recht sehr die ausgestrahlte Wärme, so daß der dicke Winterüberzieher schon lästig wird. Am meisten aber merkt man ihre Kraft an dem schon neuerwachten Leben der Pflanzenwelt. Schon findet man an geschützten Stellen, da wo die Sonne hinkommt, die ersten Frühlingsboten, die lieblichen Schneeglöckchen, schon wollen sich an den Weidenbüschen die Kätzchen hervorragen und die liegenden die Knospen des Fiebers bereit, sich zu Wintern zu entfalten. An den Rosensträuchern sind schon, richtig ausgebildete Blätter aussehn noch nicht ganz entwickelten Trieben zu bemerken. In der Tierwelt aber verhält sich nur erst ähnlich. Der Spatzer blüht noch seinen Winterhaare, die Blätter der Bäume sind noch nicht zu Tage, noch liegt bei heimgeliebter Vogel sein Nest. Aber der warme Sonnenstrahl und das helle Tageslicht sind uns eine frohe Verheißung, daß es nun nicht mehr lange dauern kann, bis der Frühling eingetreten ist. Vorausgesetzt natürlich, daß uns der Winter nicht doch noch einen Streich durch die Wegung macht und uns noch weisse Öttern beschert, obwohl er an diesem Tage von Nichts wegen nichts mehr zu sagen hat. Aber man kann nie wissen. Wir möchten daher auch niemand empfehlen, schon jetzt seinen Winterüberzieher zu werfen. Er muß ihn sonst vielleicht wiederholen, und das ist schmerzlicher als das Hintragen.

Aus dem Merseburger und braunschweigischen Kreises

*** Schöppan, 28. Febr. Wie aus dem Bericht vom 2. d. M. hervorgeht, hat im „Verein für Heimatkunde“ Herr Pfarrer em. Dr. Schmidt wieder Stellung genommen zu der Frage des Schaulages der Sonne in Schöppan zum Jahre 988. Hierzu sei bemerkt, daß der zuerst von dem sächsischen Annalisten Widuhin genannte Schlachtort Niabe, der bisher als Nitzeburg (von Niante), Kalbriet bzw. Besoten (Meier, Gröber, Kirchgöb), Reibeburg bei Salze (Hobartus) und Reibeburg, Reibeburg (Hilfermann) gedeutet worden ist, neuerdings (1906) von Höfer in die Gegend zwischen Schöppan und Merseburg verlegt wird. Vermutlich trägt sich Höfer auf Spangenberg an, der in seiner Mansfeldischen Chronik vom Jahre 1572 auf Blatt 115 b schreibt: Der Kaiser (Heinrich I.) ist mit dem Reichshof nach Merseburg wider die Ungen gerückt, und die erste Nacht als er dahin kam, den die Ungen den ganzen Tag um sonst gekirramt hatten, hat er sich gelagert bei Reibeburg (Widuhin nennets Niabe) in ein grund über dem Schloß Schöppan, zwischen demselben und dem Haus Dandorf, an dem ort da jetzt die vier Teiche dem Stieff Merseburg zugehörig, gebauet sind. S. Dürrenberg, 25. Febr. Die Saline in Dürrenberg erbrachte im Etatsjahre 1908 mit 328 363 Mk. einen um 98 813 Mk. gegenüber dem Etatsjahre 1907 größeren Abschluß, und auch der Betrieb der Adensalzt war diesmal 1888 Mk. überdurchschnittlich.

*** va. Reuchberg-Dürrenberg, 26. Febr. Besonders im Frühjahr, bei eintretenden Lawetter, haben wir hier unter besonders schmerzlichen Straßen zu leiden. Die Abtragung wird einestels durch die 14 m hohen, sich kilometerlang erstreckenden Grabenwerke erschwert, anderenteils aber mangelt auch die erforderliche Vorkehrung seitens der Gemeinden wie auch der Saline. Gemeinden, die als Vadoort gelten wollen und in denen die einfließenden Vadaquäle immerhin beträchtliche Geschäftsumsätze bringen, sollten auf bessere Rehr- und Straßenordnung halten als es geschieht. Hier tut die unverzügliche Einführung eines Druckstrahls mit, wodurch jeder Anlieger zur entsprechenden Reinhaltung der Straße und Gasse vor seinem Grundstück verpflichtet wird. — Der Saline andererseits sollte es immerdar obrigkeitlich zur Pflicht gemacht werden, daß

**Stadtsanftliche Nachrichten
der Stadt Merseburg**
vom 21. bis 26. Februar 1910.

Aufgehoben: der Grubenarbeiter Otto Herzig und Pauline Schöb, Unter-Altendurg 27 u. 3, Kelchen; der Schlosser Wilhelm Dietrich und Martha Engelhardt, Leipzig und Sand 14; der Kaufmann Richard Bräuer und Berta Buchheiter, Hannover und Wallestraße 1; der Hilfsweihensteller Albert Kühne und Martha Othermann, Zschöda und Ertberg 28; der Stenograph Max Lange und Frieda Othermann, Kiel und Ertberg 28.

Eheschließungen: der Baumschulenerbiger Paul Richter und Linda Marzgraf, Rosental 6.

Geboren: dem Arbeiter Graf 1 Z., Sülterstraße 2; dem Zimmermann Beniger 1 Z., Annenstraße 20; dem Arbeiter Blumentritt 1 Z., Neumarkt 41; dem Sattelmacher Schneider 1 Z., Olgstraße 5; dem Arbeiter Drese 1 Z., Rosental 20; dem Arbeiter Hoffmann 1 Z., Sand 8.

Gestorben: der Juwelier Gentel, 74 J., Karlsruherstraße 2; die Z. des Arbeiters Graf, 2 Z., Sülterstraße 2; der Müller Behnemann, 48 J., Olgstraße 3.

Auswärtige Aufgebote: der Amtsrichter F. R. Kruppa und F. W. Hense, Halle a. S.; der Kgl. Gymnasial-Oberlehrer R. F. P. Kaehner und M. E. Hahn, Merseburg und Zwenfurt.

Zu den Anzeigen im Stadsamt sind Ausweis-papiere vorzulegen.

Wohnung, 2 Stuben, Kammer und Küche, sofort zu vermieten und 1 April zu beziehen. Preis 200 Mark.
Gothardstraße 36, im Laden.

Eine Wohnung, 3 Stuben, 2 Kammern, Küche und Zubehör, 1. April zu vermieten. Näheres in der Exped. d. Bl.

Freundliche Wohnung, 5 heizbare Zimmer, Küche und allem Zubehör, Wasserlosetz, Gasanlage, zum 1. April 1910 zu vermieten.
An der Feigen Mauer 30

Eine alleinwohnende Frau sucht 1. Juli kleine Wohnung (Stube und Kammer oder Stube und Küche). Offerten mit Preis unter **Wohnung 100** an die Exped. d. Bl. erb.

Zwei Damen suchen Wohnung bis 1. Juli. Preis 200-300 Mark. Gebl. Angebote unter **M T** bis 2. März an die Exped. d. Bl. erbeten.

Möbl. Zimmer sofort zu vermieten Weichenhäuser Straße 27.

Gut möbliertes Zimmer in schöner Lage zum 1. April 1910 zu vermieten. Offerten unter **GW 24** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Möbliertes Zimmer zu vermieten **Hallesche Straße 15**, part. Gleichzeitig empfangt **bürgerl. Privat-Mittagstisch**.

Gut möbl. Zimmer zu vermieten **Breite Straße 8**

Frbl. Schlafstelle sofort zu vermieten **Sand 22** part.

Ein gutes Gasthaus bei Leipzig ist zu verkaufen oder gegen kleines Gut zu vertauschen. Offerten unter **Gut** an die Exped. d. Bl.

1 Kommode und 1 eiserne Bettstelle mit Matratze zu verkaufen **Eisenstraße 3, 1.**

Gehr. Bretter, Latten und Schlossriegel zu verkaufen **Sand 6.**

3 flm. Gaskrone, 3 flm. Gas-herd, Anthracitofen (1 Winter gebraucht) fortzugs halber zu verkaufen **Hallesche Straße 34.**

Eine gute leichtere Stiff-Dreschmaschine mit Göpel zu verkaufen **Reichau Nr. 24.**

Ein Kinderwagen ist zu verkaufen **Diese Breite Str. 20.1.**

13 Stück futterfeste Saugfädel ist zu verkaufen **Köhlische Nr. 18.**

1 Paar Läuferschweine zu verkaufen **St. Sixtstraße 7.**

Knackwurst sowie frische u. geräucherte **Rot- und Leberwurst.**

Friedrich Rödel, Halleschestraße 71. Telefon 395.



**Dienstag d. 1. März, abends 8 1/2 Uhr,
in großen Saale des „TIVOLI“
Öffentlicher Vortrag**

über das Thema:
**Das Bad in gesundheitlicher und
ästhetischer Bedeutung**
erklärt durch 30 Lichtbilder.

Redner: Herr Schriftsteller **Gustav Möckel** Berlin-Steglitz.
Eintritt für Nichtmitglieder **30 Pf.**
Die Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedskarte am Saaleingang vorzuzeigen.

Thüringer Hof.
Heute Montag abend
**grosses Abschieds-Konzert
vom Damenorchester „Albinia“.**
Entree frei.

Wer Wäsche hat,
verlange bitte ein Probepaket
**Eureka Wasch-Extrakt
umsonst!**
und Preise von allen anderen Wasch-artikeln, besonders von
Seifen,
worin ich infolge günstiger Abschlüsse
sehr billig
bin.
Paul Näther Nchfl.,
Telefon 343, Markt 9.

**Der kleine
Coco**

So heisst das interessante Unterhaltungsblatt für die Jugend, welches beim Einkauf von 1 Pfund der feinsten **Pflanzenbutter-** Margarine, Marke **Cocosa**

in allen Läden gratis verabfolgt wird. Alle 14 Tage erscheint eine neue Nummer. Cocosa ist ein idealer Butter-Ersatz, der feinsten Naturbutter in allen Verwendungsarten gleichkommt. Bestandteile: Das Fruchtmark der Cocosnuss (Cocosin), Milch und Eigelb.
Überall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:
Jürgens & Prinzen, G. m. b. H.
Goch (Rhld.)

Bäckerei-Übernahme.
Einer hochgeehrten Ehrengemeinschaft von Merseburg und Umgebung sowie meiner Nachbarschaft die ergebene Anzeige, daß ich **die Bäckerei des Herrn Hermann Müller, Neumarkt 4,** käuflich übernommen habe und am 1. März weiterführen werde.
Ich werde mich bemühen, nur gute, schmackhafte **Bäcker- und Konditorwaren** sowie ein vorzügliches Schwarzbrot zu liefern und bitte, mein junges Unternehmen gütlich zu unterstützen.
Gochschend
Otto Hauskeller.
**Fahren Reinecke
Hannover.**
Vereinsbedarfsartikel.
Mähmaschinen werden schnell und gut repariert.
L. Albrecht, Schmalestraße 14.

**Reisekörbe,
Wäschekörbe,
Tragkörbe.**
Größte Auswahl Billigste Preise.
Albert Kunth,
Gothardstr. 30
Mitgl. des Kavali-Bez.-Vereins.

Die Mode von 1910
kann man in ihren awartesten Formen mit **Schubert - Entwürfen** spielend nachschneiden. Anleitung durch das **Favorit-Modenalbum** (nur 60 Pf.), Jugend-Modenalbum nur 50 Pf. bei **Marie Müller Nachf.,** Kleine Ritterstr. 11.

W. P.
Meine Frau hatte ca. 4 Jahre lang ein schmerzhaftes, ständiges Schien- und alle ihre gewöhnlichen Kräfte, haben mir die ihr bereit zu werden, nunmehr angeordnet, bis ich die Empfehlung der **Wino-Salbe** in einer Zeitung las. Nach Gebrauch einiger Dosen war das Frische sein gründlich gebellt.
Gochschend
Ad. Heinsse,
Wl (Zelle), 30/10, 1905.
Diese Wino-Salbe wird mit Erfolg gegen Rheumatisches, Gicht und Hautleiden angewandt und ist in **Pöler & Wl, 1.10 und Wl 2.20** in versch. Apotheken vorräthig; aber nur echt in Originalpackung weiß-grün-roth und **Henna-Schwarz & Co.,** Reichstraße-Zwischen, Hüllungen weisse man genau.

**Die Merseburger
Kochschule**
empfiehlt von jetzt ab auch einen einfacheren Mittagstisch für **60 Pf.**
**Ortskrantentasse
der Bäder.**
Donnerstag den 3. März,
nachmittags 4 Uhr,
General-Versammlung
im Restaurant zur guten Quelle.
Tagesordnung:
Rechnungslegung 1909.
Nachdem Einnahme der Monatsbeiträge.
Merseburg den 22. Februar 1910.
Der Vorstand.

**Musikverein
Benna-Köhlchen.**
Sonntag den 6. März von abends 7 1/2 Uhr ab, im Saale des Herrn **Bäcker-Konzert und Ball.**
Konzert ausgef. v. d. Kapelle des **Magdeb. Bürger-Voll. Nr. 4** aus **Neumarkt** unter Leitung des **Musikleiters E. Grobzig.**
Hierzu ladet freundlich ein
Der Vorstand.

Verantwortliche Redaktion: Druck und Verlag von **E. D. Köhner, Merseburg**



Correspondent.

Bezugpreis vierteljähr. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
bei Bestellung von unterer Abzählung; bei Bestellung ins Haus durch unsere Ausreißer in der Stadt und auf dem Lande außerdem Postkosten; durch die Post 120 Mk. außer 42 Pf. Bestellgebühr. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal, nur an den Feiertagen nicht. — Nachdruck unserer Originalmeldungen ist nur mit beifolgender Quellenangabe gestattet. — Für Rücksende unvollständiger Entsendungen übernehmen wir keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
s. s. eilf. Illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4 seil. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Beilagen oder deren Raum für Merseburg und näherer Umgegend 10 Pf., für die übrigen 25 Pf., ansonstige pro Zeile 20 Pf., im Restamt 40 Pf. Bei komplizierterem Satz entsprechende Aufschlag. Gebühre für Extrabeilagen nach Vereinbarung. Für Nachveröffentlichung und Offertenannahme besondere Berechnung, nach Umständen mit Berücksichtigung. Geschäftsamt Merseburg. 1905. Anzahlspreis für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, kleinere Anzeigen die halbtägig 9 Uhr, Samstagsanzeigen die 10 Uhr vormittags.

Nr. 50.

Dienstag den 1. März 1910.

36. Jahrg.

Der Kalibund der Landwirte.

Bei der ersten Beratung des Kalifgesetzes sind sowohl von dem Zentrum als auch von dem Reichstag Abgeordneten Dr. Heim, wie namentlich vom Abg. Gothein Tatsachen über die Geschäfte des Bundes der Landwirte vorgebracht worden, die ein höchst eigenartiges Licht auf dessen Landwirtschaftsfremdschaft werfen. Abg. Gothein hat, ohne daß es der Abg. Dr. Köstke in Görzsdorf irgendwie zu betreten wagte, mitgeteilt, daß der Bund der Landwirte von dem Kalifsyndikat an Provisionen, Propagandaarbeiten, Extrarabatten usw. im Jahre 1908 die Kleinigkeit von 186 633 Mk. bloß an Rohsalze, daneben aber noch ungefähr 100 000 Mk. aus 20 und 30%igen Düngepreisen erhalten hat, dann auf 240 000 Mk. angestiegen ist. Der Bund der Landwirte gibt von den Rabatten „c.“, die ihm das Kalifsyndikat gewährt, nur einen sehr kleinen Teil an seine Untertanen ab. Er kann das, weil den Händlern mit Düngepreisen durch das Kalifsyndikat auf Betreiben des Ministeriums gegen den Handel aufs strengste verboten ist, ihren Vorkäufern, speziell denen aus der Landwirtschaft, irgend etwas von ihren Rabatten abzugeben. Wenn der Bund der Landwirte also auch nur einen ganz kleinen Bruchteil seiner Provisionen und Rabatte seinen Untertanen zugute kommen läßt, so ist er immer noch billiger als der Zwischenhandel, der seinen Kunden gern etwas abgeben möchte, es aber nicht darf. Der landwirtschaftlichen Organisation sind, wie auch der Handelsminister Showb indirekt zugestanden hat, auf Betreiben des Handelsministeriums nicht bloß viel höhere Rabatte, sondern auch ungleich günstigere Bedingungen für den Bezug von Kali vom Syndikat gewährt worden als dem Handel, der demnach auf Veranlassung des Ministeriums, das seine Interessen wahren und vertreten soll, aufs schwerste geschädigt worden ist. Wie hoch eigentlich die Bevorzugung der landwirtschaftlichen Organisationen vor dem Handel ist, läßt sich nicht genau feststellen, da das von der Syndikatsleitung selbst dem Syndikatsmitgliedern gegenüber geheim gehalten wird. Der Abg. Gothein verlas den Brief eines Syndikatsmitgliedes, in dem der Satz vorlief:

„Der Hauptzweck, der auch von Kalifsalzen nicht genau festgestellt werden kann, ist ja der, daß die Landwirtschaftsgesellschaft deren Vorkäufern nicht die Bonifikationen zukommen läßt, die sie vom Syndikat erhalten hat.“

Da nun der Bund der Landwirte aus dem Düngepreismittelwert von 1908 240 000 Mark



Das ist ein großes Meßwerkzeug, das man mit un-

günstigen Lagerungsverhältnissen und armen Salzen. Er hat das Unternehmen außerdem unjollide fundiert, indem das ganze Aktienkapital zum Ankauf der Feiler Verwendung gefunden hat und sämtliche Anlagen aus Anleihen geschaffen werden sollen. Der Bund muß fürchten, daß seine Gruben Ummendorf, Eilsleben und Alxergerleben pleite gehen, wenn die Kalipresse stark zurückgehen, weil das Syndikat auseinanderfällt. Wenige Monate, nachdem die Bundesführer diese Kaligründung vorgenommen hatten, schrieb die „Deutsche Tageszeitung“:

„Wenn Verblendung und übertriebene Selbstsucht des Einzelnen dem Ganzen gegenüber dazu führen sollten, daß das vermeintliche Seghe des Kalifsyndikats auseinanderfällt, dann muß ein Eingreifen der staatlichen Gewalt erfolgen.“

Sie hat also bereits vor 2 1/2 Jahren dem Handelsminister vorgezeichnet, was er zu tun hätte, und der wie der Bundesrat haben pflichtschuldigst dem Kommando des Bundes Gehorham geleistet.

1908 gab es bereits eine folsollige Überproduktion an Kaliverken. Die Gründung eines neuen war deshalb ein ganz wildes Spekulationsunternehmen, wofür nicht das geringste Bedürfnis vorhanden war. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat es damals damit motiviert, daß der Bund Einfluß auf die Kaliproduktion gewinnen und gleichzeitig den Beteiligten eine gute Rentabilitätsicherung wolle. Nun wird man Niemandem verwehren wollen sich in der Kaligründung zu betätigen. Das ist jedes Einzelnen gutes Recht. Aber wenn er es getan hat, dann soll er seine Haut zu Markte tragen und nicht verlangen, daß die Gesetzgebung einschreitet, um ihm seinen Spekulationsgewinn zu sichern. Der Bund der Landwirte aber spekuliert, und wenn die Spekulation schlecht ausfällt, so heißt es: Staat hilf! Die Gesetzgebung muß einschreiten, obwohl dieses Einschreiten der deutschen Landwirtschaft den Kalibünger aufs Unerhörteste verzeuere soll.

Die Gründer des Kaliverks Ummendorf-Eilsleben waren nach der handelsgerichtlichen Eintragung: 1. der Rittergutsbesitzer Freiherr von Wangenheim auf Klein Spiegel, 2. der Rittergutsbesitzer Dr. Gustav Köstke in Görzsdorf, 3. der Kommerzienrat und Rittergutsbesitzer Rudolf Schöner in Berlin, 4. der Rittmeister a. D. Otto von Kiewewetter in Friedland, 5. die Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte G. m. b. H. in Berlin. Den ersten Vorsitz übernahmen: 1. Freiherr v. Wangenheim, 2. Major a. D. Endell in Posen, 3. Rittergutsbesitzer Rudolf Schöner. Zwischen sind unter anderem in den Ausschüßrat noch eingetreten: der Rittergutsbesitzer Landrat a. D. von Davier-Regede, der Domonierat Boghstedt-Bernau und der Rittergutsbesitzer aus dem Winkel-Logan. Den Vorstand bilden Herr Dr. Gustav Köstke-Görzsdorf und Herr Rittmeister a. D. Otto v. Kiewewetter, alles Bundesgrößen.

Während nun alle Fraktionen so viel Laifgeföh besaßen, keinen als Ausschüßrats- oder Vorstandsmitglied an einem Kaliverk beteiligten Abgeordneten als Redner vorzusprechen, hat die konservative Partei sich nicht geniert, des Hauptinteressenten, Herrn Dr. Köstke, als ihren Generalredner in erster Lesung des Dekretes zu lassen und ihn auch in die Kommission zu entsenden. Beim Branntweinsteuergesetz hat sie ja auch die Hauptinteressente in die Kommission delegiert. Der Abg. Dr. Heim hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß man nicht gleichzeitig die Interessen der Bauern und der Kalibauer vertreten könne. Wenn man Kalibauer sei, so schädige man mit seinen Forderungen die landwirtschaftlichen Interessen. Er bezeichnete eine solche Interessenerwidung geradezu als verhängnisvoll und forderte, daß unsere Landwirtschaft über diesen Gegenstand und was dahinter steht, alarmiert werden solle, und legte hinzu: aber, aber meine Herren, — der Prinz kam zu seinem Vater, als er kein Geld mehr hatte, und der Vater sagte zu ihm: Sohn, mein Sohn, du glaubst nicht, was Geld wert ist!“

Der Kaliverksdirektor And r e hatte den Bund der Landwirte als taufstimm gegen das Kalifgesetz bezeichnet. Er hat Herrn Dr. Köstke doch unterschätzt. Der genierte sich nicht, für dieses Gesetz im Reichstag einzutreten, für ein Gesetz, das dazu dienen soll, der Landwirtschaft die Kalisalze fast nahezu doppelt so hoch zu verkaufen, als es ohne das der Fall sein würde. Das Interesse an den hohen Syndikatsprovisionen und an der Bundesgrube Ummendorf-Eilsleben ist beim Bund der Landwirte eben ausschlaggebend, das Landwirtschaftsinteresse demgegenüber quantität négligeable.

In Sachen der preussischen Wohnungsgeldzuschüsse

veröffentlicht die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgende offiziöse Notiz: „Entsprechend seiner in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses abgegebenen Erklärung, wonach die Regierung es für geboten hält, eine Überreinstimmung der Regelung der Wohnungsgeldzuschüsse für die preussischen unmittelbaren Staatsbeamten mit der für die Reichsbeamten neugeführten baldmöglichst herbeizuführen, ist der Herr Finanzminister mit den Vertretern der Fraktionen in einer Meinungsäußerung über diese Frage eingetreten. Dabei hat sich ergeben, daß die Ansichten innerhalb der meisten Fraktionen geteilt sind. Ein Teil der Abgeordneten wünscht baldige Einführung der reichsgesetzlichen Regelung, um so schnell als möglich der Mehrzahl der preussischen Beamten die daraus sich ergebenden Vorteile zu verschaffen und die Ungleichmäßigkeit zu beseitigen, die sich aus der gegenwärtigen Verschiedenheit der Regelung für Preußen und das Reich ergeben. Der andere Teil hegt gegen die Einführung der reichsgesetzlichen Regelung Bedenken, weil in der Dreiklassenenteilung des Reichs eine Reihe von Orten einer im Range niedrigeren Dreiklasse zugeteilt sind, als gegenwärtig in Preußen, so daß, wenn auch kein Beamter eine Erhöhung seiner augenblicklichen Gesamteinkünfte erleiden soll, die Tarifsätze für die betreffenden Orte sich verringern würden. Es darf angenommen werden, daß auf der Grundlage dieser Besprechung innerhalb der Staatsregierung alsbald Entschlüsse über das weitere Vorgehen getroffen werden wird.“

Da die Ansichten in der Volksvertretung geteilt sind, kann man nicht gut von einer Grundlage der Besprechung reden. Wahrscheinlich ist, daß die Regierung bei der mangelnden Einigkeit das bisherige Probatorium vorläufig weiter bestehen lassen wird.

Zur Wahlrechtsvorlage.

Über die Wahlrechtsvorlage und ihre Schicksale in der Kommission bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ eine lange Auseinandersetzung, die aber völlig nichtsflegend ist. Nur die Schlüsselsätze, die sich mit dem Beschluß über den kombinierten Antrag des schwarz-blauen Blocks beschäftigen, sind von Interesse. Sie lauten folgendermaßen: Dieser Beschluß hat nur provisorischen Charakter. Die Parteien, die für ihn gestimmt haben, erklärten ausdrücklich, daß ihre Stellungnahme nur eine provisorische sei. Der Beschluß stellt demnach nur eine Probe dar, der im Laufe der weiteren Verhandlungen noch andere folgen werden. Die Regierung hat keinen Anlaß, endgültig gegenüber provisorischen Beschlüssen Stellung zu nehmen. Erst der weitere Verlauf der Verhandlungen dürfte ein Urteil über die endgültige Gestaltung der Reform und ihr Schicksal zulassen.

Mit der Beibehaltung der indirekten Wahl scheinen die Nationalliberalen, wie aus mehreren Kundgebungen ihrer Presse hervorgeht, befreundet zu wollen, wenn der schwarz-blaue Block das Zugeständnis macht, daß die Wahlmänner nicht dem Urwahlgesetz anzugehören